

# FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

## Geldschöpfung & Umlaufsicherung

**Umlaufsicherungsgebühr auf Zentralbankgeld  
oder Umlaufimpuls auf Zahlungsmittel?  
Interview mit Klaus Karwat zur Monetative**

# Liebe Leserinnen und Leser,

Mitte September haben die Europäische Zentralbank und die US-Notenbank eine weitere Lockerung der Geldpolitik angekündigt, um Staats- und Bankenpleiten zu verhindern und die schwächelnde (?!) Wirtschaft anzukurbeln. Parallel dazu hat das deutsche Bundesverfassungsgericht grünes Licht für den dauerhaften »Rettungsschirm« ESM und den Fiskalpakt gegeben. Die Auflagen ändern nichts an der Grundausrichtung der Politik, ein falsches System mit allen Mitteln am Laufen zu halten.

»Wer rettet hier eigentlich wen?«, fragen sich da auch Leslie Franke und Herdolor Lorenz und bringen es auf den Punkt: »Politiker jonglieren mit immer neuen milliardenschweren Rettungsschirmen, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten.« Mit ihrem neuen Film (nach »Water Makes Money« und »Bahn unterm Hammer«) wollen die beiden darüber aufklären, wer wen rettet, und bitten um Unterstützung:  
[www.wer-rettet-wen.org](http://www.wer-rettet-wen.org)

Unterstützen dürfen Sie aber auch gern uns, denn die INWO leistet schon lange gute und wichtige Aufklärungsarbeit. Jetzt ebenfalls per Film: Die Regionalgruppe Stuttgart hat unter [www.woistunsergeld.de](http://www.woistunsergeld.de) einen Trickfilm ins Internet gestellt, der auf leichte Art ins Geld-Thema einführt. Und noch vor Weihnachten soll unser neuer Filmtrailer fertig sein, der dann zusammen mit anderen Materialien auf einer Info-CD erhältlich sein wird, um Interessenten in die Ideen der Geld- und Bodenreform einzuführen.

Im Vergleich dazu ist diese Ausgabe der FAIRCONOMY schwerer Stoff. Diesmal ist unser Heft sehr theorielastig – doch es lohnt sich ganz bestimmt, die teils langen Texte bis zum Ende durchzulesen. Es geht ums heiße Eisen Geld-

schöpfung, und dies im Zusammenhang mit der von uns geforderten Umlaufsicherungsgebühr auf Geld.

Für eine ökologische und menschengerechte Kreislaufwirtschaft bräuchten wir dringend einen funktionierenden Geldkreislauf. Wir brauchen »fließendes Geld«, sagt Wolfgang Berger. Hendrik Barth, Vorstand der INWO Schweiz, benutzt ein noch weiter gehendes Bild: Geld muss wie Wasser verdunsten und abregnen. Die oben beschriebene, deaströs gefährliche Geldpolitik ist die unabweichliche Folge davon, dass ein funktionierender Geldkreislauf fehlt.

Doch wie genau soll der stetige Umlauf des Geldes gesichert werden? Reicht dazu eine Umlaufsicherungsgebühr nur auf Bargeld? Oder muss sie auf das gesamte Zentralbankgeld erhoben werden? Oder auf Bargeld und Sichtguthaben? Und funktioniert die Umlaufsicherungsgebühr überhaupt in einem endogenen Geldsystem, wie wir es heute haben? Wäre nicht ein einziger Geldkreislauf sinnvoller, mit nur einem einzigen, vollwertigen Zahlungsmittel: dem Vollgeld? – Wir reißen diese Fragen hier aus unterschiedlichen, in einigen Punkten sogar kontroversen Perspektiven an. Ihre Beantwortung ist für die Erschaffung einer weniger krisengeplagten Welt äußerst relevant – und sie könnte der ökonomischen Wissenschaft den nötigen Drive geben, ihre derzeitige Krise zu überwinden, sie wieder mit Sinn zu erfüllen und in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.



Hoffnungsvoll  
grüßt Sie

*Beate Bockting*  
Redaktion@INWO.de

# Inhalt

- 3 Walter Schachermayer:  
Der Rechenfehler der Schuldenbremser
- 4 Geldvermögen – was heißt das eigentlich?
- 5 Helmut Creutz:  
Geldschöpfung und Umlaufsicherung
- 9 Axel Thorndorff und Tobias Schütze:  
Umlaufsicherungsgebühr auf Zentralbankgeld
- 14 Beate Bockting: Umlaufimpuls auf Zahlungsmittel
- 16 INWO Deutschland
- 18 INWO Schweiz
- 20 Interview mit Klaus Karwat  
(1. Vorsitzender Monetative Deutschland)
- 22 Termine Deutschland
- 23 Bestellmöglichkeiten

# Impressum

**FAIRCONOMY** 8. Jahrgang, Nr. 3 Sept. 2012, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth  
E-Mail: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)

**Abo-E-Mail:** [Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de)

**Auflage:** 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

## Bildnachweis

Titelseite: © Gerd Altmann / PIXELIO.de / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4: Wikipedia, Urheber: Alex1011; 6: Grafik: Helmut Creutz; 9: © Europäische Zentralbank; 10+12: © Deutsche Bundesbank; 14: © Anne Wurster / PIXELIO.de; 22: © Joss / PIXELIO.de

**Layout:** cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

**Abo-Kontakt:** Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,  
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de), <http://www.INWO.de>

## Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)  
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.



Was die ökonomische Logik gebietet, aber viele Politiker nicht wahrhaben wollen: Schulden und Guthaben sind heutzutage die zwei Gesichter des Januskopfes Geld.

# Der Rechenfehler der Schuldenbremser

Warum die Notwendigkeit, die Staatsschulden zu reduzieren, nur die halbe Wahrheit ist. – Denn wer Schuldenbremse sagt, muss auch Vermögensbremse sagen, meint der Wiener Finanzmathematiker Walter Schachermayer.

**W**ir haben uns inzwischen an die täglichen Schreckensbotschaften über explodierende Staatsschulden gewöhnt, sie sind aus den Nachrichtensendungen kaum mehr wegzudenken. In der politischen Debatte dazu herrscht in einem Punkt große Einigkeit: Die Staatsschulden dürfen nicht weiterwachsen, sondern müssen gesenkt werden. Wir erleben ja tagtäglich, in welche Krisenanfälligkeit uns diese Schulden geführt haben. Abgesehen von den rezenten Krisenerscheinungen spricht aber auch der Umverteilungseffekt gegen ein Ausufern der Staatsschulden: Die Zinszahlungen führen langfristig zu einer immer stärkeren Belastung der breiten Masse der Steuerzahler zugunsten der Inhaber von Staatspapieren, also tendenziell zu einer Umverteilung von unten nach oben.

So weit, so bekannt. Es ist aber wichtig, diesem Befund das folgende logische Faktum hinzuzufügen: Die Summe der Schulden ist stets ident mit der Summe der Guthaben. Darauf weisen Ökonomen zwar immer wieder hin, doch wird ihnen offenbar wenig Gehör geschenkt. Dabei muss man über keine ausgeprägten mathematischen Fähigkeiten verfügen, um zu sehen, dass jedem Euro Schulden irgendwo ein Euro Guthaben gegenüberstehen muss. Der Mathematiker Erhard Glözl (vgl. Standard, 14.12.) wird nicht müde, diesen tautologischen Zusammenhang zu betonen.

Nehmen wir einmal an, es gelingt tatsächlich, durch entsprechende Maßnahmen die Staatsschulden substanziell zu reduzieren, und überlegen wir uns, was dadurch auf der Seite der Guthaben passiert. Die Eigner der zurückgezahlten Staatspapiere haben nun die Wahl, ihr Geld anderen Schuldern zu leihen oder es zu konsumieren. Man könnte auch einwenden, dass ein Investor ja die Möglichkeit hat, in Sachwerte zu investieren, was offenbar zurzeit sehr beliebt ist.

## Vermögensbesteuerung ...

Individuell mag das stimmen, aber für die Gesamtheit gilt es nicht: Jedem, der seine Er-

sparnisse dazu verwendet, eine Eigentumswohnung zu kaufen, steht ein Verkäufer gegenüber, der den Kaufpreis lukriert und seinerseits dieses Geld wieder zur Verfügung hat. – Welche Möglichkeiten haben also nun Gläubiger, das Geld anstatt den Staaten anderen Schuldnern zu leihen? Grundsätzlich kommen dafür die Unternehmungen und die privaten Haushalte infrage. Beide Sektoren haben aber mit ähnlichen Verschuldungsproblemen zu kämpfen wie die Staatshaushalte und können und sollen sich daher nicht noch weiter verschulden, ganz im Gegenteil. Die Subprime-Krise, die auf einer massiven Verschuldung armutsgefährdeter US-Haushalte beruht, ist übrigens noch keineswegs ausgestanden.

Dann bliebe noch die Möglichkeit transnationaler Veranlagung. Ein Land kann durchaus per Saldo mehr Geldvermögen im Ausland anlegen als es umgekehrt Schulden aus dem Ausland aufnimmt. Aber auch hier gilt der Trugschluss der Verallgemeinerung. In Summe sind die transnationalen Schulden wieder gleich den transnationalen Guthaben.

Wie man es auch dreht und wendet: Die Summe der Schulden ist insgesamt zu hoch und muss reduziert werden. Mit anderen Worten: Die Summe der Guthaben ist insgesamt zu hoch und muss reduziert werden. Bedauerlicherweise wird aber in der laufenden Debatte fast ständig nur der erste Satz wiederholt und akklamiert, obwohl beide Aussagen nach den Gesetzen der Logik (siehe oben) ident sind.

## ... darf kein Tabu sein

Das Problem, dass Schulden- beziehungsweise Guthabenberge zu groß geworden sind, ist naturgemäß nicht neu. Seit erdenklichen Zeiten werden mehr oder weniger brachiale Methoden angewandt, um ausgeuferte Schulden und Guthaben zu reduzieren.

Wobei die Handlungsoptionen klar auf dem Tisch liegen: Entwertung der Forderungen durch Inflation, Reduktion der Schulden durch »hair cuts« oder Reduktion der Vermögen durch Besteuerung. Durchwegs sehr bittere Pillen. In Österreich haben wir in den 1920er- und 1930er-Jahren erleben müssen, welch

verheerende Wirkungen eine Hyperinflation haben kann, die letztlich nicht nur ins ökonomische, sondern auch ins politische Desaster führte. Auch die im Fall von insolventen privaten Schuldnern so beliebte Methode des »hair cuts« birgt im Fall von Staatspleiten enorme ökonomische und politische Gefahren.

Der geordnetste und noch am ehesten mit Maß und Ziel beschreibbare Weg scheint eine kräftige Vermögensbesteuerung, mit dem Ziel, die Summe der Finanz-Vermögen zu verringern. Das ist zumindest in der Geschichte schon einmal mit Erfolg praktiziert worden. Als F. D. Roosevelt seinen »new deal« proklamierte, waren die USA ökonomisch in einer katastrophalen Situation. Neben zahlreichen anderen Maßnahmen setzte die Roosevelt-Administration eine drastische Anhebung der vermögensbezogenen Steuern durch, wobei die Erbschaftssteuer eine wesentliche Rolle spielte. Der Spitzenerbschaftssteuersatz stieg von 20 auf 45, dann auf 60, später auf 70 und schließlich auf 77 Prozent! Dies bereitete nicht nur den Weg der wirtschaftlichen Erholung vor, sondern führte auch bis in die Siebzigerjahre zu einer wesentlich egalitären US-Gesellschaft.

Der »new deal« war erfolgreich, weil er mutig eine breite Palette von Innovationen durchsetzte. Ein zentraler Bestandteil war die Reduktion der großen Vermögen durch eine aus heutiger Sicht kaum vorstellbare Höhe der Spitzenbesteuerung. Auch heute brauchen wir einen klugen Mix von entschlossenen Schritten. Es wäre jedenfalls fatal, eine stärkere Besteuerung von Vermögen zu tabuisieren. ■

Dieser Kommentar wurde erstmals veröffentlicht auf [www.derStandard.at](http://www.derStandard.at) am 16.12.2011 und in der Print-Ausgabe am 17.12.2011.

**Walter Schachermayer** (geb. 1950) ist Professor für Finanzmathematik an der Universität Wien. Er erhielt 1998 den Wittgenstein-Preis und 2009 einen Advanced Grant der European Research Commission, in dessen Rahmen er die Rolle von Transaktionskosten auf Finanzmärkten analysiert.

# Geldvermögen –

## Was heißt das eigentlich?

**D**as Geldvermögen beschreibt die Summe aus dem Zahlungsmittelbestand (ZMB) plus den Forderungen und abzüglich der Verbindlichkeiten. Geschäftsvorfälle, deren Resultat die Erhöhung (bzw. Minderung) des Geldvermögens sind, werden als Einnahmen (bzw. Ausgaben) bezeichnet.

Im ersten Quartal 2011 hatten die deutschen Privathaushalte ein Geldvermögen von 4,825 Billionen Euro.

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 zeigen finanzielle Vermögensbilanzen Forde-

sind das Währungsgold und die Sonderziehungsrechte der Deutschen Bundesbank, welchen sozusagen als Sachwerten keine Verbindlichkeit gegenübersteht und die daher letztlich das Geldvermögen insgesamt aller Sektoren ausmachen.

Eine staatliche Schuldenbremse bedeutet, dass auch die Nettovermögen der anderen Sektoren begrenzt werden.

Das Geldvermögen eines Sektors hängt also auch davon ab, wie die Sektoren voneinander abgegrenzt werden und inwieweit innerhalb eines Sektors Forderungen und Verbindlichkeiten gegenseitig verrechnet werden.

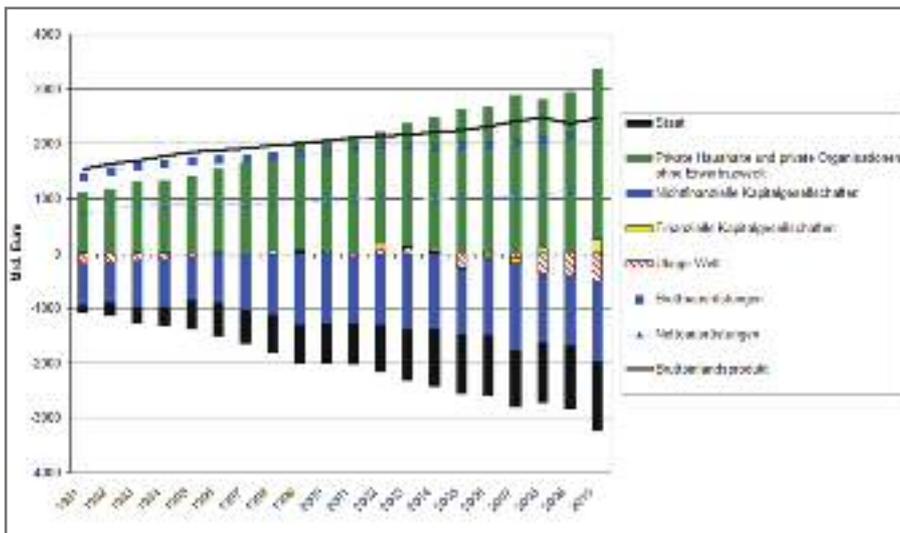
### Geldvermögen ungleich verteilt

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank

Der Sektor »Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften« (Unternehmen) hatte ein Geldvermögen von 2.845,0 Mrd. Euro, Verbindlichkeiten von 4.447,4 Mrd. Euro und als Saldo ein Nettogeldvermögen von -1.602,4 Mrd. Euro. Der Sektor »Staat« hat ein Geldvermögen von 508,2 Mrd. Euro, Verbindlichkeiten von 1.588,5 Mrd. Euro und damit ein Nettogeldvermögen von -1.080,3 Mrd. Euro. Die »inländischen finanziellen Sektoren« (z.B. Kreditinstitute, Versicherungen, Investmentfonds) verfügen über ein Geldvermögen von 9.387,4 Mrd. Euro, Verbindlichkeiten von 9.267,7 Mrd. Euro, so dass ein Nettogeldvermögen von 119,8 Mrd. Euro verbleibt. Die »Übrige Welt« (Ausland) hat ein Geldvermögen gegenüber den inländischen Sektoren von Deutschland von 4.496,2 Mrd. Euro, Verbindlichkeiten von 4.887,5 Mrd. Euro und somit ein Nettogeldvermögen von -391,2 Mrd. Euro, die deutsche Volkswirtschaft also ein Nettoauslandsvermögen von 391,2 Mrd. Euro. Das Nettogeldvermögen aller Sektoren ist null, bis auf das Währungsgold und die Sonderziehungsrechte der Bundesbank, denen keine Verbindlichkeiten gegenüberstehen, von 62,7 Mrd. Euro.

Das Nettogeldvermögen in Deutschland ist stark ungleich verteilt.

Quelle: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie, [http://de.wikipedia.org/wiki/Geldverm%C3%B6gen#cite\\_ref-2](http://de.wikipedia.org/wiki/Geldverm%C3%B6gen#cite_ref-2), freigegeben unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>



Vermögen oben, Schulden unten – der Januskopf des heutigen Geldes in Zahlen: Nettogeldvermögen in Deutschland (Quelle: Wikipedia, Urheber: Alex1011, Daten aus: Dt. Bundesbank, Statist. Sonderveröff. 4)

rungen, Verbindlichkeiten und als Saldo das Nettogeldvermögen. Die finanziellen Vermögensbilanzen werden von der Deutschen Bundesbank aufgestellt.

Da jeder Forderung eine entsprechende Verbindlichkeit gegenübersteht, muss in einer geschlossenen Volkswirtschaft das Nettogeldvermögen – Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten – null sein. So weist die Deutsche Bundesbank für 2007 ein Geldvermögen für die »Sektoren insgesamt« von 21.800,5 Mrd. Euro aus. Dem stehen Verbindlichkeiten dieser Sektoren von 21.737,8 Mrd. Euro gegenüber. Es verbleibt ein Nettogeldvermögen von 62,7 Mrd. Euro. Dies

betrug das Geldvermögen des Sektors »Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck« Ende 2007 4.563,6 Mrd. Euro (Ende 2009: 4.672 Mrd. Euro). Dies sind Forderungen dieses Sektors gegen die anderen Sektoren »Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften«, »Staat«, »inländische finanzielle Sektoren« und »Übrige Welt«. Ihnen stehen Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Sektoren von 1.546,8 Mrd. Euro gegenüber; daraus resultiert ein Nettogeldvermögen von 3.016,8 Mrd. Euro. Aktien werden dabei als Verbindlichkeit der ausgebenden Stelle, also der Aktiengesellschaft, gebucht, während sie eine Forderung beim Eigentümer der Aktie sind.

Der Artikel von Helmut Creutz ab S. 5 entspricht in weiten Teilen einem Auszug aus der aktuellen Neuauflage seines Klassikers »Das Geldsyndrom«.

»Das Geldsyndrom 2012« erscheint im September im Verlag Mainz und ist über unseren Shop erhältlich: [www.INWO.de](http://www.INWO.de)

# Geldschöpfung und Umlaufsicherung

Die INWO propagiert, Geld mit Durchhaltekosten zu belasten, um dafür genauso wie für Waren und Arbeit Angebotsdruck zu erzeugen. Dadurch soll der Zinssatz sinken und um Null herum pendeln können, ohne dass es zu Inflation oder einer Rezession kommt. Die Wirksamkeit einer solchen Umlaufsicherungsgebühr wird jedoch von denen angezweifelt, die meinen, die Geschäftsbanken könnten autonom Geld schöpfen. Helmut Creutz bestreitet dies.

**E**s kann an sich kaum bezweifelt werden, dass das Bankensystem insgesamt keine größere Geldmenge schaffen kann, als mit der von der Zentralbank geschaffenen Zentralbankgeldmenge vereinbar ist.« (Deutsche Bundesbank, Juli 1971) – Mit dieser fast schon sibyllinischen Aussage zieht sich die Deutsche Bundesbank gewissermaßen aus der Schlinge. Denn würde sie die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken bejahen, müsste sie ihr Geldschöpfungsmonopol in Frage stellen und alle ihre Geldmengensteuerungsbemühungen wären letztlich sinnlos.

Würde sie jedoch die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken klar bestreiten, könnte sie diese bei inflationären Auswüchsen und anderen monetären Fehlentwicklungen nicht mehr als Sündenböcke mit einbeziehen. Vor allem aber käme sie mit jenen Geldschöpfungs-Theorien in Konflikt, die auch heute an den meisten Hochschulen noch verbreitet werden. [...] In den volkswirtschaftlichen Lehrbüchern findet man, wenn auch oft auf unterschiedliche Art und Weise, gleich ein halbes Dutzend Erklärungen für eine solche Schöpfung.

## Lehrbuchtheorien

So räumen manche Lehrbuchdarlegungen z.B. jeder einzelnen Bank die Möglichkeit zur Geldschöpfung ein, andere setzen dagegen das Zusammenwirken mehrerer Banken voraus. Dabei ziehen die einen zur Erklärung Kreislaufmodelle heran, andere begnügen sich mit Buchungs- und Bilanzmodellen. Wieder andere sehen in der Höhe der Bankgewinne einen Schöpfungsbeweis oder in der Existenz und Größenordnung der Sichtguthaben. Dabei bleibt es jedoch manchmal wiederum unklar, ob mit der Schöpfung nur diese Sichtguthaben gemeint sind – häufig als Giral-, Buch- oder Bankengeld bezeichnet – oder sämtliche Guthabenbestände und die daraus möglichen Kreditgewährungen.

Doch so verschieden die Aussagen und Beweisführungen auch sind, in einigen Punkten stimmen sie fast alle überein: Sie bewegen sich immer nur im theoretischen Raum und machen kaum einmal den Versuch, die vertretenen Auffassungen anhand der wirtschaftlichen Gegebenheiten zu überprüfen! Außerdem wird in den meisten Fällen von der Aktiv- bzw. Verwendungsseite des Bankgeschehens ausgegangen, also von den Kreditvergaben, nicht aber von der Passivseite, die über die Herkunft der vergebenen Kreditmittel Auskunft gibt.

Ab und zu wird die Wirkung der Geldschöpfung in den Lehrbüchern auch etwas bagatellisiert. Zum Beispiel mit dem Hinweis, dass jede geschöpfte Kaufkraft irgendwann auch wieder zu einer Einlage wird, womit sich die Schöpfung gewissermaßen selbst abdeckt. Diese Argumentation ist allerdings so wenig überzeugend wie die eines Geschäftsmanns, der Falschgeld in Umlauf setzt und das als problemlos darstellt, weil irgendwann die Kunden mit dem Falschgeld ja auch in seinem Laden einkaufen würden.

Dass mit beiden Schöpfungen – dem Falschgeld wie den Krediten ohne Ersparnis – das Nachfragepotential ohne Leistungsdeckung vermehrt wird, dürfte einleuchtend sein. Denn nur bei Krediten, die aus leistungsgedeckten Ersparnissen stammen, findet der Kreditnehmer reale Gegenwerte am Markt vor, nämlich jene Gegenwerte, die jemand geschaffen hat und über seine Ersparnisbildung nun anderen überlässt.

## Was ist mit der »multiplen Geldschöpfung«?

Nach den meisten Lehrbuchaussagen sind die Geldschöpfungsmöglichkeiten der Banken im Prinzip unbegrenzt. Eingeschränkt werden sie lediglich durch bestimmte Relationen zur Kasenhaltung bzw. jenen Reserven, die sie bei den Zentral- bzw. Notenbanken freiwillig oder gezwungenermaßen unterhalten. Und aus

dieser Beziehung zwischen der Höhe der Reserven und der Geldvermehrung, wird in der Theorie von der »multiplen Schöpfung« sogar ein mathematisch exakt berechneter und anfangs oft verblüffender Ablauf vorgerechnet:

Liegen diese Reserven oder Rücklagen der Bank z.B. bei 5 Prozent der Einlagen, dann können die Banken aus jeder getätigten Einzahlung das 19fache an Kredit schöpfen und damit die Geldmenge aufs Zwanzigfache vergrößern. Bei Rücklagen von 10 Prozent kommt das 9fache hinzu und bei einer Rücklage von 20 Prozent das 4fache. Das Schöpfungsergebnis ergibt sich also immer reziprok zur Höhe der einbehaltenen Reserven. [...]

Der Fehler in dieser klassischen Geldschöpfungstheorie ist, dass man die sich laufend erneut bildenden Guthaben bzw. Kreditposten mit dem eingangs angesetzten Geldbetrag addiert und aus dem Ergebnis dieser Addition sich wiederholender Vorgänge eine Vermehrung ableitet, also *Transportmittel* mit den *Transportvorgängen* verwechselt. So wenig aber wie es durch eine wiederholte Verwendung von Waggons oder Lkw's zu deren Vermehrung kommt, so wenig ist das bei einer wiederholten Verwendung von Geld der Fall, gleichgültig ob dies für Kauf- oder Verleihzwecke geschieht!

Der Denk- und Auslegungssirrtum der Geldschöpfungstheorie ist sicher nicht zuletzt auf den Tatbestand zurückzuführen, dass man alle Guthaben- und Kreditbestände immer noch als Geld ansieht. Dabei handelt es sich in Wirklichkeit bei diesen Beständen nur um Buchungsposten, die den Umfang der Überlassungen von Geld und die daraus resultierenden Rückzahlungsverpflichtungen dokumentieren, ohne dass sich mit diesen Vorgängen die umlaufende Geldmenge verändert! Deshalb sind auch alle Zusammenfassungen von Geld und Guthaben als »Geldmenge« so fragwürdig, was vor allem für die Additionen der so genannten Geldmengen von M1 bis M3 gilt.

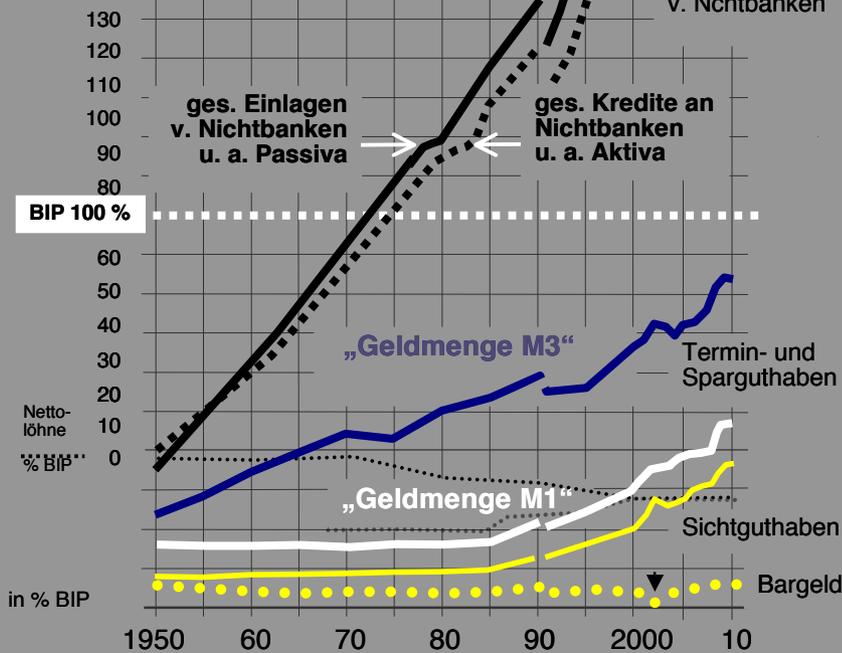
280

## Bargeld und „Geldmengen“ Gesamteinlagen u. Kredite

bis 2000 im Fünfjahresabstand, ab 2000 jährl.  
Milliardengrößen umgerechnet in % des BIP

210

Werte in Mrd € :	1950	2010	
<b>Anstieg:</b>			
BIP	53,4	2477	x 46
Bargeldumlauf	4,3	200	x 46
Sichtguthaben	4,8	1090	x 227
M1	9,1	1290	x 142
M3	20,7	2083	x 101
Ges. Einlagen	13,9	6809	x 489
Ges. Kredite	16,5	5943	x 360
Nettolöhne z. Vergl.	17,9	689	x 38



Quelle: BBK: 40 J. DM - Monatsberichte

© Helmut Creutz / Nr. 027

Die Grafik gibt vor allem die Entwicklung der gesamten Bankgeschäfte im Vergleich mit der so genannten Geldmenge M1 wieder, in der bekanntlich die Zahlungsmittel Bargeld und Sichtguthaben (»Giralgeld«) zusammengefasst werden. Zur besseren Beurteilung der Werte sind dabei alle Größen in Prozenten des BIP wiedergegeben.

Wie daraus hervorgeht, sind die Einlagen- und Kreditgeschäfte von 1950 bis Ende 2010 von rund 40 Prozent auf 270 bzw. 240 Prozent des BIP angestiegen und damit fast sieben Mal schneller als die Wirtschaftsleistung! Diese erheblichen Zunahmen sind das Ergebnis ständig steigender Ersparnisbildungen, die wiederum vor allem aus den laufenden Zinsgutschriften resultieren. Bereits im Oktober 1993 war die Bundesbank davon ausgegangen, dass diese zinsbedingte »Selbststabilisation der Geldvermögensbildung« bei 80% der Neuersparnisse gelegen hat!

Addiert man diese Zinsauszahlungen der Banken an die Sparer, die seit 1968 von der Bundesbank ausgewiesen werden, dann kommt man bis 2010 auf eine Gesamtsumme von 5.940 Milliarden Euro, ein Betrag, der fast mit den gesamten Bankkrediten identisch ist! Vor allem aber ist bei diesen Zinsströmen zu beachten, dass sich die Zinseinnahmen bei einer Minderheit von 10% der Haushalte konzentrieren, während an den Zinszahlungen alle Haushalte mit etwa einem Drittel ihrer Ausgaben beteiligt sind. – Per saldo ergibt sich also, als Folge dieser zinsbedingten Umverteilung, für die Mehrheit aller Haushalte ein ständig zunehmender Verlust!

Erkennbar wird aus der Grafik vor allem aber auch, dass die Einlagen der Nichtbanken immer deutlich über den daraus vergebenen Krediten liegen, was in Anbetracht der notwendigen Reservehaltungen sachlich auch kaum anders möglich sein kann. Deutlich wird ebenfalls, zu welchen Bestandsverlusten es in den letzten zehn Jahren gekommen ist. Einmal auf Grund des Börseneinbruchs am Anfang des Jahrzehnts und dann im Zuge der Finanzmarkt- und Banken Krisen in der zweiten Hälfte, während die Ausreißer Ende 2010 die Folge statistischer Einbeziehung der Derivatgeschäfte in die Bankbilanzen ist.

## Womit wird die Geldschöpfung weiterhin begründet?

»Bereits die Goldschmiede im Mittelalter haben für hinterlegte Goldmünzen mehrere umlauffähige Quittungen ausgestellt, ausgehend von der Erlösung, dass diese nicht gleichzeitig zur Einlösung vorgelegt werden!«

Dieser Vergleich wäre nur zutreffend, wenn die Banken heute, nach der Einzahlung eines Euros, ob in bar oder auf dem Wege einer Übertragung erhalten, mehrere Euros in Umlauf setzen würden! Hier bleibt wieder unbeachtet, dass die Banken nicht nur bei einer Inanspruchnahme des Kredits durch Barabhebungen über Zentralbankgeld verfügen müssen, sondern auch bei allen Überweisungen des Kreditbetrages. Das bestätigt z.B. bereits die Aussage von Wendelin Hartmann, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, aus dem Jahr 1994: »Die Banken untereinander akzeptieren kein Giralgeld, sondern erwarten den Ausgleich ihrer Geldmarktforderungen in Zentralbankgeld.«

»Durch die Umwandlung von Bargeld in Giralgeld erhöht sich die gesamte Geldmenge, da ja das Geld jetzt zwei Mal da ist, als Giralgeld und als Bargeld!«

Hier wird übersehen, dass das bei einer Bank eingezahlte Geld des Sparers von den Banken umgehend zur Bundesbank zurückfließt und der in den Bankkassen verbleibende geringe Bargeldbestand (etwa 0,2% der Einzahlungen) nicht mehr zur umlaufenden und nachfragewirksamen Geldmenge gezählt wird, sondern zum Zentralbankgeld-Bestand der Bank! Erst durch die Abhebung eines Bankkunden, dessen Sichtguthaben sich damit entsprechend verringert, wird dieses Bargeld wieder als Tauschmittel reaktiviert.

»Über die Sichtguthaben können sowohl die Einleger als auch die Banken verfügen, womit sich die Nachfragemöglichkeit in der Wirtschaft verdoppelt.«

Hier bleibt unbeachtet, dass die Banken nur zwischenzeitlich über die Einlagen verfügen können, also so lange, wie das der Einleger nicht selber tut. Es gibt also keine gleichzeitige Nutzung durch zwei Beteiligte, sondern nur eine nacheinander stattfindende. Damit kommt es also zu keiner Ausweitung der Geldmenge, sondern nur zu einer effektiveren Nutzung derselben bzw. einer Erhöhung ihrer Einsatzhäufigkeit, die man – weniger zutreffend – im Allgemeinen als »Umlaufgeschwindigkeit« bezeichnet.

»Die multiple Geldschöpfung ist zwar nicht mit Bargeld möglich, wohl aber mit Giralgeld.«

Hier wird wieder außer Acht gelassen, dass die Überweisungen der Kunden von ihrem Girokonto gewissermaßen nur der »Schatten« der zwischen den Banken ablaufenden Vorgänge durch Zentralbankgeld-Übertragungen sind.

Konkret: Wenn die Bank A im Auftrag ihres Kreditkunden an die Bank B 90 Millionen überweist, werden diese dem Empfänger nur dann gut geschrieben, wenn bei der empfangenden Bank B ein gleich hoher Betrag in Zentralbankgeld-Guthaben eingegangen ist!

*»Das Übersteigen der Sichtguthaben über die Bargeldmenge ist ein Beweis für die Geldschöpfung durch Banken.«*

In Wirklichkeit ist die Zunahme der Sichtguthaben nur ein Beweis dafür, dass das Publikum aus praktischen Gründen unbaren Zahlungen zunehmend den Vorzug gibt, ähnlich wie einst bei der Nutzungs-Verschiebung zwischen Münzen und Banknoten. Würden sich die Zahlungsgewohnheiten morgen umkehren, gingen die Sichtguthabenbestände wieder zurück und die Zentralbanken müssten zum Ausgleich mehr Bargeld in den Umlauf geben. So wenig aber wie bei diesem Rückgang der »Giralgeld«-Nutzung Geld vernichtet wird, so wenig ist es vorher umgekehrt entstanden bzw. vermehrt worden.

*»Der Dissens in der Geldschöpfungsfrage resultiert aus den unterschiedlichen Auffassungen, was als Geld gesehen werden muss.«*

In Wirklichkeit ist die Wahl des Geldbegriffs für das anstehende Problem ohne Belang. Denn gleichgültig zu welcher so genannten »Geldmenge« man die nacheinander entstehenden Guthaben zählt: Entscheidend für die Schöpfungsfrage ist alleine, ob die Banken aus den Einlagen ihrer Kunden das Doppelte oder sogar ein Mehrfaches an Kaufkraft schaffen können! Im Übrigen gehören Kredite – ob geschöpft oder nicht – niemals zu irgendeiner Geldmenge. Denn zur Kreditvergabe genügen immer die Guthaben der Sparer, die wiederum durch Zentralbankgeld gedeckt sind.

*»Die Banken können durch buchhalterische Bilanzverlängerungen ihre Kreditvergabemöglichkeiten erweitern.«*

Hier ist zuerst einmal festzuhalten, dass mit Buchungen, auch in Bilanzen, nie etwas Reales erweitert oder geschöpft, sondern – sofern keine Bilanzfälschungen vorliegen – immer nur real Entstandenes buchungstechnisch erfasst und festgehalten wird. Außerdem kann man mit Krediten, die ohne Einlagen aus dem Nichts in den Bilanzen geschöpft würden, in der Praxis auch nichts anfangen. Denn gleichgültig ob der Kreditnehmer seine geliehene Kaufkraft in bar abhebt oder überweist, benötigt die ausführende Bank – wie bereits erwähnt – in gleicher Höhe Zentralbankgeld!

*»Die Schöpfung ist zwar nicht zwischen den Banken möglich, wohl aber innerhalb einer Bank, weil dort bei einer Überweisung in-*

*nerhalb des Hauses keine Übertragung von Zentralbankgeld erforderlich ist.«*

Auch diese Vermutung geht ins Leere. Denn in diesem Fall ändert sich auch nichts an der Zentralbankgeld-Deckung bei der Bank: Das Konto des Überweisenden vermindert sich lediglich im gleichen Umfang, wie das des Empfängers ansteigt!

Auch die heute oft herangezogenen »Überschussreserven-Theorien« haben mit der Schöpfung nichts zu tun. Sie besagen lediglich, dass Überschüsse an Zentralbankgeld die Banken befähigen, auch ohne Kundensparnisse zusätzliche Kredite abzudecken. Das aber ist eine Selbstverständlichkeit. Denn so lange Banken noch Kreditinteressenten haben, werden sie diese Überschüsse auch für Kredite einsetzen oder sehr schnell an andere Banken verleihen bzw. an die Zentralbank zurückgeben. Alleine schon, um die Zinsen für dieses überschüssige Zentralbankgeld einzusparen! Das zeigt sich auch daran, dass

---

**Addiert man diese Zinsauszahlungen der Banken an die Sparer, die seit 1968 von der Bundesbank ausgewiesen werden, dann kommt man bis 2010 auf eine Gesamtsumme von 5.940 Milliarden Euro, ein Betrag, der fast mit den gesamten Bankkrediten identisch ist!**

---

die von den Banken ausgewiesenen Überschussreserven die vorgeschriebenen Mindestreserven so gut wie nie übersteigen, also praktisch bei Null liegen. Auch wenn dieser »Deckel« in den Krisenjahren von den Zentralbanken mehr oder weniger aufgehoben worden ist, wurden diese Überschuss-Reserven weitgehend bei den Zentralbanken wieder geparkt.

Wären diese Überschussreserven tatsächlich der Schlüssel für eine mehrfache Schöpfung, dann würden die Banken diese Reserven gewiss nicht so klein und praktisch bei Null halten, wie sie das in normalen Zeiten tun! – Es bleibt jedoch noch eine Theorie übrig, die zurzeit wieder einmal auflebt:

*»Banken können mit Krediten immer Geld schöpfen, wenn die Kreditnehmer diese durch Vermögen oder auf andere Weise absichern können.«*

Zweifellos erhält man bei solchen dinglichen Absicherungen leichter einen Kredit als ohne sie und kann, wegen des geringeren Bank-Risikos, auch mit günstigeren Konditionen rechnen. Aber vergeben können die Banken auch in diesem Fall Kredite nur dann und nur so lange, wie sie noch über freie Mittel verfügen. Alles andere wäre nicht nur eine inflationäre Ausweitung der Kaufkraft in der Wirtschaft, sondern glatter Betrug! Alleine schon deshalb, weil diesen Krediten gar keine gesparten Leistungen gegenüberstehen, ihnen also die Deckung auf den Märkten fehlen würde!

### **Gibt es Indizien für die angemessene Geldschöpfung der Banken?**

Den Forderungen nach Beweisen für die Geldschöpfung ist in der Empirie kein Erfolg beschieden. Ähnlich erfolglos ist auch die Suche nach Indizien. Wohl aber sprechen viele Indizien für das Gegenteil. So zum Beispiel der Tatbestand, dass die Industrieländer, trotz riesiger Kreditbestände, meist geringere Inflationsraten haben als Länder mit geringerer Bankentätigkeit. Wären die riesigen Kreditausgaben der Banken in den Industrienationen mit einer Geldschöpfung verbunden, müssten die Ergebnisse also eher umgekehrt sein!

Ein weiteres Indiz gegen die Theorie ist, dass sich auch aus den Gewinnberechnungen der Banken keinerlei Anhaltspunkte für Schöpfungen ergeben. Denn solche Kredit- und Geldvermehrungen »aus dem Nichts« müssten sich auch in den Bankgewinnen niederschlagen, da ja die Zinsen aus solchen geschöpften Krediten in vollem Umfang bei den Banken verbleiben! Zieht man zur Überprüfung der Gegebenheiten die von der Deutschen Bundesbank laufend veröffentlichten Betriebsergebnisse der gesamten deutschen Banken heran, dann ergibt sich z.B. für das Jahr 2008 folgendes Bild:

Gesamte Zinserträge: 433 Mrd Euro = 100%  
- Zinsaufwendungen: 342 Mrd Euro = 79%  
-----  
= Zinsüberschuss: 91 Mrd Euro = 21%

Das heißt, die Banken haben rund vier Fünftel der eingenommenen Zinsen an die Sparer und sonstigen Geldgeber ausgezahlt und lediglich ein Fünftel für sich erwirtschaftet, das wiederum zur Hälfte von den Personalkosten beansprucht wird. Dieser bei den Banken verbleibende Zinsüberschuss ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sogar von zwei auf ein Prozent der Bilanzsumme gesunken.

Weiter spricht gegen die Schöpfungstheorie, dass selbst signifikante Veränderungen der Bank- bzw. Mindestreserven, zu denen sich die Schöpfungen angeblich reziprok ent-

wickeln, keine Spuren bei den Größenordnungen der Bankgewinne hinterlassen. So wurde beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland die Mindestreserve von 1973 bis 1982 von 18 auf 9 Prozent und in den 90er Jahren noch einmal auf zwei Prozent reduziert, ohne dass es zu jener Kredit- und Gewinnexplosion gekommen wäre, von der die multiple Geldschöpfungstheorie ausgeht. In der Schweiz wurden diese Mindestreserven sogar in den 80er Jahren völlig abgeschafft, ohne entsprechend feststellbare Folgen.

Ein weiteres Indiz ist, dass sich die Banken gewiss nicht so sehr um die Sparerkunden bemühen, Milliarden für deren Einwerbung ausgeben und ihnen 75 bis 80 Prozent der Zinseinnahmen überlassen würden, wenn sie deren Geld für die Kreditvergaben gar nicht brauchen. Und schließlich wäre noch zu fragen, warum sich die US- und andere Regierungen, zur Schließung ihrer Defizite, teure Kredite aus aller Welt ins Land holen, obwohl doch die Banken im Lande – nach der Theorie – diese Etatlücken durch eigene Schöpfungen schließen könnten! Und das vor allem vor dem Hintergrund, dass als Folge dieser Auslandsverschuldungen nicht nur die Bankgewinne ins Ausland fließen, sondern außerdem auch noch die Leistungsbilanz belastet wird! Doch auch bei diesen Auslandsgeschäften sind die Dinge letztlich ohne jeden mysteriösen Hintergrund. Das bestätigt noch einmal Otmar Issing, der erste Chefvolkswirt der EZB, veröffentlicht 1995 in der deutschen Tageszeitung FAZ: »Deutschland ist in den Jahren nach der Vereinigung zu einem Kapitalimporteur geworden. Zwischen den Ersparnissen der Deutschen und der Nachfrage nach Finanzmitteln klafft eine Lücke, die durch ausländische Kapitalgeber geschlossen werden muss.«

Die Liste der Gegenindizien ließe sich fortsetzen. So z.B. mit dem Tatbestand, dass man in den 50er Jahren in Deutschland oft Wochen oder Monate auf die Auszahlung zugesagter erststelliger Hypotheken warten musste, selbst wenn die Restfinanzierung stand und die Absicherung durch Grundstück und Rohbau gegeben war. Begründung der Banken: »Wir haben zur Zeit keine Mittel«. Konkret: Sie waren auf neue Einlagen, Rückzahlungen von Krediten oder die Überlassung von Überschüssen anderer Banken angewiesen! Heute dagegen – selbst in der Krise – haben sie umgekehrt eher Schwierigkeiten, seriöse Kreditnehmer mit Sicherheiten zu finden. Und die ständig zunehmenden Geldvermögensbestände haben ebenfalls nichts mit »Geldschöpfungen« zu tun, sondern sind vor allem die Folge des Zins- und Zinseszins-Effekts, der zu ständig wachsenden und sozial problematischen Umschichtungen innerhalb unserer Volkswirtschaften führt.

## **Berechtigung von Reformüberlegungen**

Mit einer Überwindung der Fehlvorstellungen in Sachen Banken-Geldschöpfung würden Geldsystem-kritische Ansätze nicht mehr von jenen Feldern abgelenkt, um die es eigentlich geht, nämlich die der eskalierenden Geldvermögen und Schulden, der daraus resultierenden Wachstumszwänge sowie der damit verbundenen Umverteilungen und sozialen Spannungen.

Für die Geldreformbewegung ist diese Aufklärung in Sachen Geld und Geldschöpfung besonders wichtig. Denn gäbe es eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken, dann könnte eine Steuerung der Geldmenge durch die Notenbank mit Hilfe einer Umlaufsicherung nicht ausreichend wirksam sein. Und damit würden dann auch die Inflation und der stetig positive Zins nicht überwunden.

Abgesehen von der Schöpfungshypothese ist gegen Reformüberlegungen in Bezug auf unser bisheriges, keinesfalls optimal funktionierendes Geldsystem nichts einzuwenden. Das gilt auch für Joseph Hubers Überlegungen bezüglich der Verlagerung der Sichtguthaben und der Geldausgabe über den Staat sowie für die Vorschläge der Monetative, die Zentralbank bzw. das Währungsamt als »4. Gewalt« im Staate aufzuwerten.

Solche Reformüberlegungen setzen eine andere Sicht auf das gesamte Geldsystem und hier vor allem auf die Geldmengensteuerung voraus. Eine solche Reform sollte sich weder an den Interessen der Banken noch an denen des Staates orientieren, sondern einzig und allein an den Interessen der Bürger. Und diese Interessen lassen sich letztendlich unter den Begriffen Kaufkraftstabilität, gerechte Verteilung, Abbau der sozialen Spannungen und Erhalt der Umwelt zusammenfassen.

## **Geldwertstabilität durch Umlaufsicherung**

Die Stabilität der Geldkaufkraft lässt sich jedoch nur erreichen, wenn die Veränderungen der Geldmenge mit der Kaufkraft direkt verbunden werden, und zwar so, dass das Preisniveau unmittelbar um die Marke Null pendelt, und nicht mehr um jene zwei Prozent darüber liegt, die heute von den Zentralbanken notgedrungen als »Preisstabilität« bezeichnet werden. Die herausgegebene Geldmenge muss also unmittelbar mit der umlaufenden identisch sein. Anders ausgedrückt: Die Abweichungen des Preisniveaus von der Nullmarke müssen jeweils durch Korrekturen der Geldmenge neutralisiert werden, also bei sinkenden Preisen durch Ausweitungen und bei steigenden Preisen durch entsprechende Reduzierungen.

Die dazu erforderliche Geldumlaufsicherung kann durch Abgaben auf die Bargeld-

menge umgesetzt werden. Gegebenenfalls ist sie auch auf die Sichtguthabenbestände auszuweiten, falls sich deren Verzinsung nicht – wie zu erwarten – automatisch nach unten und damit ins Negative anpasst. Denn als Folge der Umlaufsicherungsgebühren auf das Bargeld werden den Banken entsprechend hohe kurzfristige Einlagen zufließen, auf die sie, da sie dafür keine ausreichende Verwendung haben, mit Minuszinsen reagieren müssten. Auf diese Weise würde sich der Umfang der Zahlungsmittelbestände auf das marktnotwendige Maß verringern und damit steuerbar werden. Mit dieser im Prinzip einfachen Maßnahme der Einführung einer Geldumlaufsicherung würden auch die sozial immer problematischer werdenden zinsbedingten Umverteilungen zurückgehen.

Aus diesen Gründen wäre eine solche Steuerung der Zahlungsmittelmenge im Hinblick auf alle weiteren Reformüberlegungen vorrangig, denn nur nach Einführung einer solchen Sicherung und Verstetigung des Geldumlaufs, die zu einem stabilen Geld führen, könnten weitere Reformschritte wirklich erfolgreich sein.

Der Vorschlag von Huber & Robertson, die Sichtguthaben als offizielles Zahlungsmittel durch die Zentralbank zu übernehmen, ist zwar grundsätzlich diskussionswürdig, ändert aber nichts daran, dass heute jeder Bürger seine Bargeldhaltung und/oder seine Sichtguthaben nach Belieben und zu Lasten längerfristiger Ersparnisse vergrößern und damit dem Wirtschaftskreislauf für langfristige Kredite entziehen kann. Daran ändert sich auch nichts durch die Übernahme und Verwaltung der Sichtguthaben als »Vollgeld« in eine staatliche Institution. Denn entscheidend für die Preisstabilität ist immer nur, ob der Umfang der ausgegebenen Menge des Geldes mit der tatsächlich am Markt nachfragenden in Übereinstimmung ist und gleichmäßig kursiert. Und das setzt wiederum voraus, dass alles Geld, das über die selbst genutzten Bestände hinausgeht, über Banken und andere Finanzinstitute leihweise an Dritte weitergegeben und damit in den Kreislauf zurückgeführt wird – was sich nur mit Hilfe einer Geldumlaufsicherung erreichen lässt und dann indirekt einen Prozess eines allmählichen Absinkens des Zinsniveaus gegen Null in Gang setzt.

Dass zu einer Überwindung der heutigen vom Geld ausgehenden vielfältigen sozialen und ökologischen Probleme auch eine Reform der Bodenordnung gehört, die selbstverständlich auch alle nicht vermehrbaren Bodenschätze mit umfasst, sei zum Schluss als Abrundung angefügt. ■

**Helmut Creutz**

# Umlaufsicherungsgebühr

## auf Zentralbankgeld

Sämtlicher Zahlungsverkehr basiert letztlich auf Zentralbankgeld, dem von der Notenbank bereitgestellten Geld. Es existiert in Form von Sichtguthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank und als Bargeld in Form von Banknoten und Münzen. Axel Thorndorff und Tobias Schütze erklären, weshalb es aus ihrer Sicht ausreichend ist, die Umlaufsicherungsgebühr nur auf Zentralbankgeld zu erheben.

**V**on manchen Anhängern der so genannten »Buchgeldschöpfungstheorie der Geschäftsbanken« wird behauptet, dass eine Gebühr auf Zentralbankgeld verpuffen oder gar kontraproduktive Effekte haben würde, da Banken ihr eigenes Geld schöpfen und damit die Gebühr auf Zentralbankgeld umgehen könnten. Statt einer Geldgebühr – so die Argumentation – wäre es viel wichtiger, die Reservehaltung an Zentralbankgeld der Banken auf 100 Prozent der Giralgeldbestände zu erhöhen (so genanntes 100%-Money), oder noch konsequenter: die Fristentransformation – die von den Buchgeldtheoretikern als Geldschöpfung interpretiert wird – gleich komplett zu verbieten. Diese Argumentation bzw. Behauptung ist aus unserer Sicht unhaltbar.

### Das Management von Ausfall- und Fristenrisiken ist Teil des Geschäftsmodells der Geschäftsbanken

Die Geschäftsbanken vergeben Kredite oder kaufen Wertpapiere an und finanzieren diese Geschäfte durch Einlagen von Dritten (anderen finanziellen oder nicht-finanziellen Unternehmen, Privatpersonen, Staat). Außerdem können Banken auch Schuldverschreibungen, Anleihen oder andere Formen von Verbindlichkeiten bis hin zu Eigenkapital (z.B. in Form von Aktien) zur Finanzierung ihrer Geschäfte emittieren.

Das Geschäftsmodell von Banken ist dabei grundsätzlich darauf ausgerichtet, höhere Zinsen/Erträge auf die Vermögensgegenstände (Aktiva) zu erwirtschaften, als für die Einlagen/Schuldverschreibungen/Anleihen (Passiva) an Zinsen zu zahlen sind. Die wesentliche Gegenleistung, die Banken den Marktteilnehmern für diese Zinsspanne bieten, besteht neben der reinen Verwaltungsleistung insbesondere aus dem (auf dem Gesetz der großen Zahl basierenden) Risikomanagement von Bonitätsrisiken der Einzelschuldner sowie der Reduktion des Laufzeitenrisikos. Das Ri-

sikomanagement der Laufzeiten wird auch als Fristentransformation bezeichnet und besagt, dass mit kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten in bestimmtem Umfang langlaufende Kredite refinanziert werden.

Ferner verfügen Geschäftsbanken über Strukturen, die eine effektive Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs gewährleisten. Außerdem werden Dienstleistungen – z.B. Wertpapieremissionen für Kapitalgesellschaften – gegen Provisionen angeboten.

### Zur Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs brauchen Geschäftsbanken Zentralbankgeld

Geschäftsbanken wickeln den unbaren Zahlungsverkehr ihrer Kunden ab. Dazu benötigen sie Zentralbankgeld. Bei einer Überwei-

kann. Daher müssen die Geschäftsbanken untereinander die unbare Kundenzahlung mit einem Zahlungsmittel begleichen, das von den beteiligten Banken akzeptiert wird. Die Zahlung muss also auch zwischen den Banken erfolgen, denn ein Übertrag von Giralgeld stellt zunächst eine Kreditgewährung der Empfängerbank an die Geberbank dar. Die gegenseitigen Kreditlimite der Banken sind jedoch aufgrund des jeweiligen Risikomanagements begrenzt.

Auf dem europäischen Geldmarkt gibt es nur ein von allen Banken akzeptiertes und somit im unbaren Zahlungsverkehr universell einsetzbares Zahlungsmittel: das Zentralbankgeld der EZB und deren nationalen Notenbanken (Eurosystem). Keine Geschäftsbank verfügt über eine so allumfassende



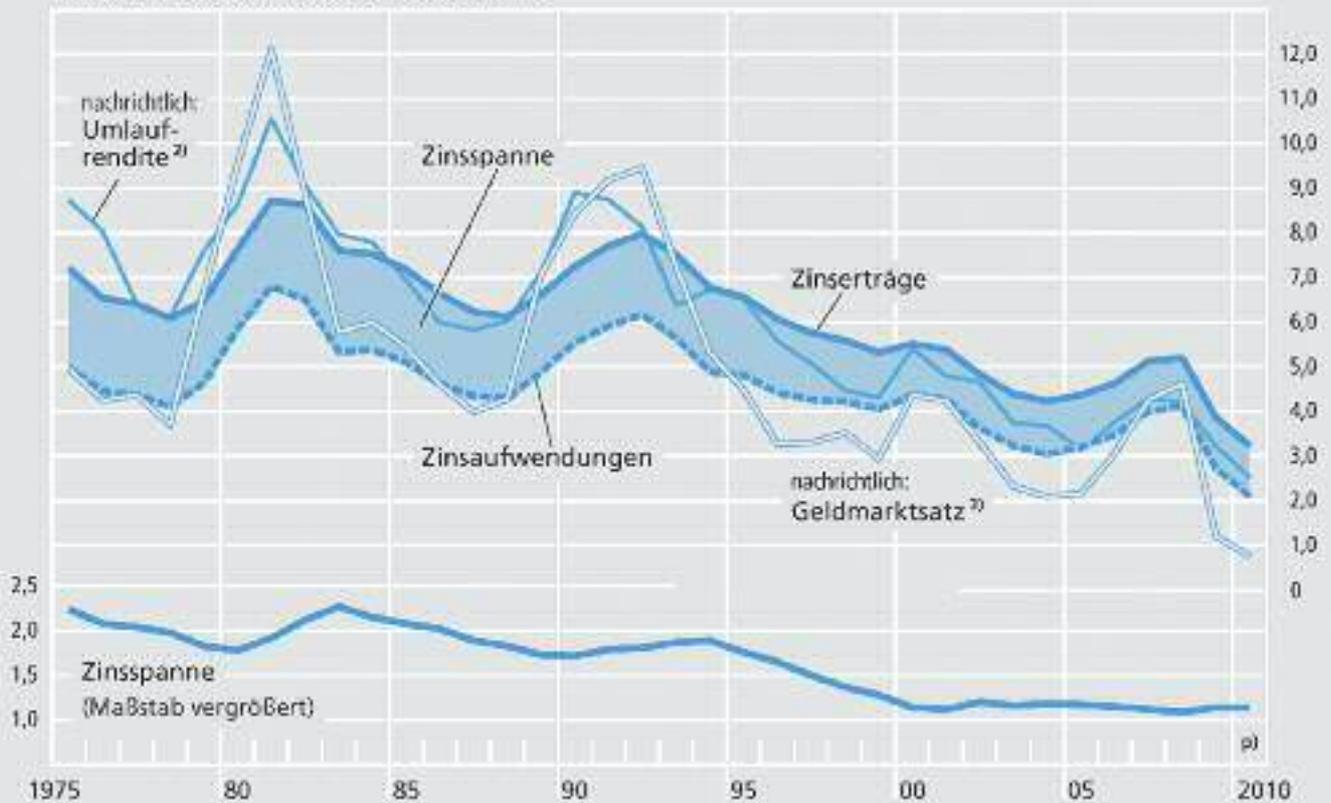
ECB-Präsident Draghi gehört neben seinen Direktoriums-kollegen und den Zentralbank-Präsidenten der Euro-Mitgliedstaaten dem EZB-Rat an. Als oberstes Beschlussorgan der EZB setzt es die Leitzinssätze fest.

sung zahlt eine Kundin aus ihrer Sicht scheinbar mit Geld von ihrem Girokonto. Für die Geschäftsbank ist das Giralgeld jedoch eine Verbindlichkeit, die sie nicht einfach so an eine andere Bank ohne Gegenleistung loswerden

und unlimitierte Kreditwürdigkeit, wie sie sie für eine uneingeschränkte Akzeptanz eines von ihr emittierten Geldes benötigen würde. Außerdem verfügt das Eurosystem über das Vorrecht, dass nur das Zentralbankgeld je-

## Zinserträge und Zinsaufwendungen der Kreditinstitute im Zinszyklus

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme<sup>1)</sup>



1 Bis einschl. 1998 in % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens. — 2 Umlaufrendite für festverzinsliche Wertpapiere insgesamt. — 3 Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld in Frankfurt.

Graphik 1, Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2011, S. 18

Die Graphik zeigt die Entwicklung der Bankmarge, die sich aus der Differenz der durchschnittlichen Soll- und Habenzinsen (Zinserträge und Zinsaufwendungen bezogen auf die Bilanzsumme) ergibt. Die Zinsen sanken über Konjunkturzyklen hinweg über die hier dargestellten letzten 35 Jahre. Zugleich ging die Zinsspanne, die Haupteinnahmequelle der Banken, von deutlich über 2% auf knapp über 1% zurück. Aus der Zinsspanne bestreiten Banken ihre Personal- und Sachkosten, Risikovorsorgen, Steuern, Gewinnrücklagen und ggf. den verbleibenden Free Cash Flow (Nettogewinn für die Eigentümer). Die geringere Zinsmarge bei zugleich steigenden makroökonomischen Risiken ist einer der Gründe für die zunehmende Labilität des Finanzsystems.

Der nachrichtlich eingezeichnete Geldmarktsatz spiegelt im Wesentlichen die sich aus den Refinanzierungssätzen der Zentralbank ergebende politische Geldmarktsteuerung wieder. Die Umlaufrendite reflektiert den Kapitalmarktzinssatz, der sich stark – wenn auch nicht vollständig – an der Entwicklung des Geldmarktsatzes orientiert. Durch längerlaufende Verträge und eine gemischte Refinanzierungsstruktur reagieren die durchschnittlichen Soll- und Habenzinsen wiederum träger als die Umlaufrendite auf Änderungen am Geldmarkt.

derzeit in Bargeld umwandelbar ist. Allein durch dieses Privileg könnte keine noch so hoch kapitalisierte und billionenschwere Geschäftsbank ein attraktiveres Angebot eines ultimativen Zahlungsmittels an den Markt richten, als es das Eurosystem mit dem Zentralbankgeld vermag.

### Saldierungen im unbaren Zahlungsverkehr sind keine Buchgeldschöpfung

Nun verbuchen Banken natürlich nicht nur Abflüsse an Zentralbankgeld, sondern auch Zuflüsse. Über einen Tag oder eine Woche gerechnet, ergeben sich daher Salden aus Ab- und Zuflüssen. Hier wird nun seitens der Buchgeldtheoretiker behauptet, dass die saldier-

ten Beträge nicht mit Zentralbankgeld unterfüttert werden müssten und somit in dieser Höhe Geldschöpfung der beteiligten Geschäftsbanken stattfände. Doch eine solche Argumentation ist falsch: Bei Saldierungen wird keinerlei Geld geschöpft, sondern einfach nur weniger davon benötigt.

Auch bei Saldierungen referenziert jede Zahlung unvermeidlich auf das »Underlying« (Bezugswert) Zentralbankgeld und daher bestimmt auch der Zinssatz für Zentralbankgeld den Markt für sämtliche kurzlaufenden Geldanlagen. Die kurzfristigen gegenseitigen Kreditgewährungen zwischen Banken, die rechnerisch in gewissen Zeitabständen saldiert werden, sind nur Derivate auf Zen-

tralbankgeld und lassen sich ohne das zugrunde liegende Zentralbankgeld nicht sinnvoll ökonomisch analysieren, denn es entstehen den Banken bei gegenseitiger Kreditgewährung Kosten in Höhe der potentiellen Refinanzierung bei der Zentralbank. Daher ist es auch nur logisch, dass z.B. das europäische Zahlungssystem für Großzahlungen, TARGET2, ein Bruttozahlungssystem ist – d.h. jede von den Banken freigegebene Zahlung wird sofort in Zentralbankgeld verrechnet. Der Nutzen von Saldierungen ist begrenzt; die Sicherheit der Zahlungserfüllung erhält bei Großbeträgen daher absoluten Vorrang vor jeglicher Form der Saldierung. Ein vom Zentralbankgeld unabhängiger Markt für selbst geschöpftes Geld kann aus diesem Grund

auch nicht durch die im Massenzahlungsverkehrssystem (EMZ), also bei kleineren Beträgen, üblichen täglichen Saldierungen entstehen. Nicht ohne Grund macht der Massenzahlungsverkehr trotz niedrigerer Nutzungsgebühren nur ca. 1 Prozent des bargeldlosen Zahlungsverkehrs aus.

### **Zentralbankgeld beschaffen sich Banken von der Zentralbank oder auf dem Interbankenmarkt**

Diese absolute Angewiesenheit auf Zentralbankgeld hat die Finanzkrise in Fällen wie Lehman Brothers oder der zur HRE gehörenden Depfa drastisch vor Augen geführt. Grundsätzlich können kreditwürdige Banken sich jederzeit Geld auf dem Interbankenmarkt oder – in Höhe vorhandener zentralbankfähiger Sicherheiten – von der Zentralbank leihen. Die Banken schätzen hierbei ihren kurzfristigen Bedarf und leihen sich dementsprechend Zentralbankgeld oder halten Aktiva, die erfahrungsgemäß sehr schnell und risikolos verkauft und somit in Zentralbankgeld umgewandelt werden können (z.B. kurzlaufende Bundesanleihen). Falls Banken nicht mehr in der Lage sind, sich das stets benötigte Zentralbankgeld zu beschaffen – z.B. aufgrund tatsächlicher oder nur gerüchteweise behaupteter mangelnder Kreditwürdigkeit – ist eine Bank zahlungsunfähig und somit dann auch tatsächlich insolvent.

### **Die Zentralbank betreibt Zinssteuerung – keine Geldmengensteuerung**

Wer über die Schaffung von neuem Zentralbankgeld entscheiden kann, ist die zentrale Frage zum Verständnis des modernen Geldmarktes. Leider wird dieser zentrale Aspekt oft vorschnell durch die nahe liegende (implizite) Annahme abgetan, über die Höhe des emittierten Zentralbankgeldes könne die Zentralbank bestimmen. Allerdings widerspricht diese Annahme fundamentalen Prinzipien des modernen Geldwesens, denn die »Schaffung« von neuem bzw. die »Entsorgung« von nicht benötigtem Zentralbankgeld wird durch die Geschäftsbanken und nicht durch die Zentralbank gesteuert.

Die Zentralbank bestimmt den Geldmarktzins bzw. einen Korridor für diesen. Dafür muss die Zentralbank aber zugleich auf die Steuerung der (Zentralbank-)Geldmenge verzichten. Preis und Menge können auch in Monopolmärkten nicht gleichzeitig vom Anbieter vorgegeben werden. Die Zentralbank könnte die Geldmenge nur steuern, wenn sie keine Zinssteuerung mehr betriebe. Die Zinssteuerung ist jedoch bewusst gewählt, um eine gefährliche, destabilisierende Volatilität der Geldmarktzinssätze im Keim zu verhindern.

Aus der falschen Annahme, die Zentralbank könne – falls sie wolle – zumindest die Menge an Zentralbankgeld steuern, werden nicht

nur falsche Schlüsse gezogen, sie verstellt auch den Blick auf die zweite, noch wesentlichere Frage: Wer bestimmt die Zinsen an den Geldmärkten?

Für einige scheint der Fall schnell klar zu sein: Es ist der Markt – verbunden höchstens mit der Einschränkung, es könne gewisse Marktverzerrungen geben. Doch so funktionieren die Geldmärkte nicht. Der dominierende Geldmarkt ist der Markt für Zentralbankgeld, und dieses kann nur zu den Konditionen der Zentralbank »produziert« werden. Der Bedarf hingegen ist relativ starr. Zentralbankgeld ist die Grundvoraussetzung eines effizienten baren oder unbaren Zahlungsverkehrs und als solches bis auf Weiteres nicht substituierbar. Zugleich ist der alleinige Emittent – wie der Name schon sagt – eben die Zentralbank.

Daher ist die Antwort eindeutig und empirisch unbestritten: Die Zinsen an den Geldmärkten sind nichts anderes als die Zinsen auf Zentralbankgeld und diese werden von der Zentralbank bestimmt. Hierbei kann die Zentralbank einen Korridor vorgeben, in dem sich die Geldmarktsätze bewegen können. Sie könnte diesen Korridor aber auch jederzeit beliebig verengen. Empirisch zeigt sich darüber hinaus: Die Zinsen auf dem Markt für Zentralbankgeld dominieren nicht nur die Zinsen für Wochen- oder Monatskredite, sondern üben darüber hinaus einen starken Einfluss auf die Zinsen am Kapitalmarkt aus. Dies wurde und wird immer wieder durch die verschiedensten diesbezüglichen Regressions-schätzungen – ein Basiswerkzeug der heutigen Ökonometrie – bestätigt.

Dass die Zentralbank nicht über die Menge an emittiertem Zentralbankgeld entscheidet, ist bei den heutigen EZB-Zinstendern mit Vollzuteilung offensichtlich. Aber auch bei den vor der Finanzkrise praktizierten EZB-Zinstendern war dies nicht der Fall. Damals wurde der Gesamtbedarf der Banken an Zentralbankgeld sehr genau von der EZB bzw. den nationalen Zentralbanken berechnet und die entsprechende von den Banken benötigte Menge wurde als Ganzes Woche für Woche dem Geldmarkt per Zinstender zur Verfügung gestellt. Die Zentralbank garantierte damit auch vor der Finanzkrise die stets passende Versorgung der Geschäftsbanken mit Zentralbankgeld – zu den vorgegebenen Refinanzierungzinssätzen. Da zu diesen Zinssätzen immer ausreichend Zentralbankgeld bereitgestellt wird, kann es keine Verknappung an Zentralbankgeld geben.

### **Die Zentralbankzinsen dominieren den Geldmarkt**

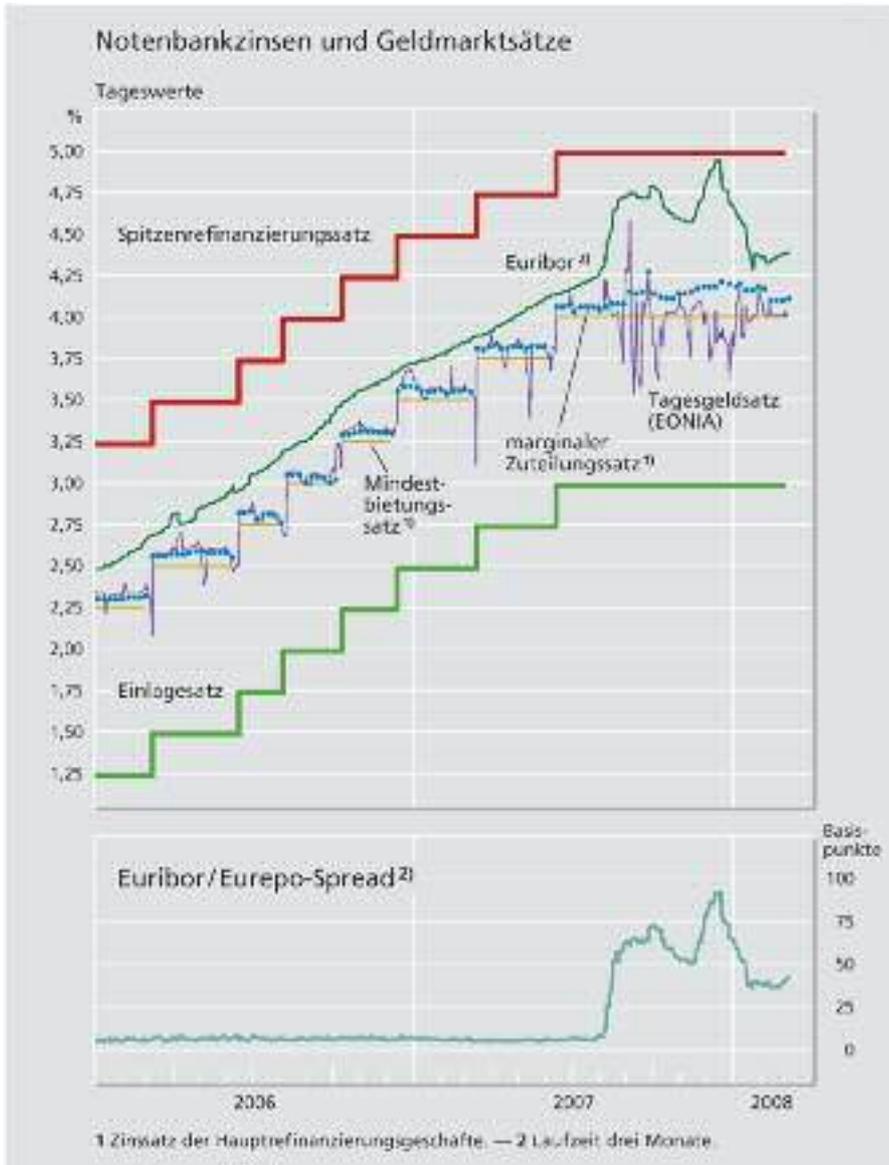
Ob Geschäftsbanken Geld schöpfen können oder nicht, lässt sich lang und breit in den

Bankbilanzen (vergebens) analysieren und interpretieren. Ob sie aber im ökonomischen Sinne Geld – also autonome Zahlungsmittel – schöpfen können, entscheidet sich am Ende nur an der einen relevanten Frage: Sind die Geschäftsbanken in der Lage, durch ihre tatsächliche oder vermeintliche Geldschöpfung die für diesen Markt interessierenden Preise – also die Geldmarktzinsen – zu beeinflussen oder nicht? Können sie neben dem Markt für Zentralbankgeld gar einen zweiten Geldmarkt mit einem eigenständigen Zinssatz etablieren? Denn wenn die Banken tatsächlich Geld schöpfen könnten, müsste dies zu einer relativen Unabhängigkeit der Geldmarktzinsen vom Zentralbankgeld führen. Könnten die Banken gar »Geld aus dem Nichts schöpfen«, müsste es für sie die für die Refinanzierung der Kredite benötigten Einlagen quasi kostenlos, d.h. zu 0% Zins geben. Weder das eine noch das andere ist aber der Fall. Im Gegenteil: Allein die Zentralbank bestimmt, wie hoch die Zinsen für Zentralbankgeld und somit indirekt auch für kurzfristige Kredite und Einlagen ausfallen.

Die zwischen den Banken gehandelten Geldmarktzinsen bewegen sich immer nur in dem von der Zentralbank – mal enger mal weiter – gesteckten Korridor (siehe Graphik 2). Denn nur die Zentralbank kann elastisch eine geänderte Gesamtnachfrage des Marktes als Ganzes nach zusätzlichen Zahlungsmitteln akkomodieren. Und der für die Preisbildung relevante Marktakteur ist eben nicht jener mit dem größten Bestand an kurzfristigen Einlagen oder Krediten, sondern derjenige mit der höchsten Elastizität. Daher können die Geldmarktzinsen weder unter den Einlegesatz der Zentralbank fallen noch über den Zins der Spitzenfazilität steigen.

### **Die Fristentransformation führt zum Gegenteil der Behauptungen der Buchgeldschöpfungstheorie**

Von der Geldschöpfungstheorie wird implizit behauptet, die Zinssatzmacht der Zentralbank auf die Geldmarktsätze würde durch die »Geldschöpfung der Geschäftsbanken« (sprich die Fristentransformation) geschwächt. Das Gegenteil ist der Fall. Wegen der Fristentransformation ist es bisher den Zentralbanken sogar gelungen, selbst die Kapitalmarktzinsen zu beeinflussen. Denn durch die Fristentransformation refinanzieren sich die Banken zu Zinsen, die nahe den von der Zentralbank beherrschten Geldmarktzinsen liegen. Bei der Vergabe langlaufender Finanzierungen sind Banken dem Konkurrenzdruck durch andere Banken unterworfen, so dass auch die langfristigen Kreditzinsen – wenn auch mit deutlichen Einschränkungen – die veränderten Zentralbankzinsen widerspiegeln (siehe Graphik 1). Somit bewirkt die Fristentransformation alias



Graphik 2, Quelle: Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 2007, S. 33

Die Graphik zeigt die Geldmarktsteuerung der EZB vor und im Jahr des ersten Ausbruchs der Finanzkrise (Ende Juli 2007). Der Geldmarktsatz lag zuvor meist nur an den letzten Tagen einer Erfüllungsperiode etwas weiter vom Hauptrefinanzierungssatz entfernt. Mit dem stark angestiegenen Spread zwischen unbesichertem (Euribor) und besichertem (Eurepo) Tagesgeld im August 2007 brach eine wesentliche Stütze der bisherigen Geldmarktsteuerung der EZB zusammen. Seitdem ist es der EZB nicht mehr gelungen, die Geldmarktzinsen nahe dem Hauptrefinanzierungssatz zu halten. Dies könnte durch eine starke Verengung des Zinsbandes zwischen Einlage- und Spitzenfinanzierungszinssatz erreicht werden. Die EZB will jedoch bis auf Weiteres an (schein)marktwirtschaftlichen Mechanismen auf dem Geldmarkt festhalten. Gleichwohl ließe sich der Geldmarkt durch die Angleichung der Refinanzierungszinsen auf ein einheitliches Niveau komplett von dem ESZB übernehmen, ohne dass mit negativen Externalitäten (Begünstigungen einzelner Banken oder anderen Marktstörungen) zu rechnen wäre.

»Buchgeldschöpfung« das genaue Gegenteil der behaupteten Effekte der »Geldschöpfung«: Die Banken werden durch das, was als Geldschöpfung bezeichnet wird, nicht mächtiger, sondern »schwächer«. Sie werden – zumindest teilweise – zum Instrument der Zentralbank.

### Zusammenfassung der Geldmarktanalyse

Eine Geschäftsbank kann zwar nicht ihr eigenes Geld schaffen, sie weiß aber, dass sie

immer genügend Zentralbankgeld bekommen wird – sei es indirekt über den Interbankenmarkt oder »frisch« direkt von der Zentralbank. Eine Geschäftsbank kann damit zwar nicht ihr eigenes Geld, jedoch jederzeit Zentralbankgeld schöpfen. Die Zinsen hierfür diktiert aber die Zentralbank. Die benötigte Menge an Zentralbankgeld erhält die Geschäftsbank – bzw. der Markt als Ganzes – über eine Erhöhung der Zentralbankkredite, bei Hinterlegung ausreichend notenbankfähiger Sicherheiten.

Durch das Schöpfen von Zentralbankgeld durch die Geschäftsbanken folgt weiter, dass Geschäftsbanken mit begrenztem Risiko Fristentransaktionsgeschäfte betreiben können, da die Zentralbanken durch ihr Agieren im Geldmarkt eine implizite Garantie geben, zu festgelegten Konditionen immer genügend Zentralbankgeld für den Zahlungsverkehr zur Verfügung zu stellen. Die theoretische Grenze bildet allein das Volumen an notenbankfähigen Sicherheiten. Diese stehen jedoch einerseits gesunden Banken immer in ausreichender Menge zur Verfügung wie auch andererseits die Zentralbanken die Sicherheitsanforderungen absenken, falls die ausreichende Versorgung des Zahlungsverkehrs mit Zentralbankgeld gefährdet sein sollte.

Kurzum: Es geht im Geldwesen um Zinsen, Zinsetzungsmacht und Zinsstrukturen – und nicht um Geldmengen. Selbst bei der Einführung von Durchhaltekosten auf Zentralbankgeld wäre es im Übrigen nicht sinnvoll, zur Geldmengensteuerung übergehen zu wollen, da die geplante »Umlaufsicherung« zu starr ist, um die Volatilität der Geldmarktsätze vollständig zu neutralisieren.

Daher führt die Diskussion um höhere Reservesätze auf Bankeinlagen auch in die Irre und letztlich nur dazu, den Fokus an den wirklichen Fragen – eben der Frage nach der Höhe und Struktur der Zinssätze – vorbei auf irrelevante Nebengleise zu lenken.

### Preisbildung basiert auf Elastizität, nicht auf Volumen

Fast allen Äußerungen zur »Geldschöpfung« liegt eine ganz bestimmte Art von Trugschluss zugrunde: Es wird von den Mengen auf Relevanz oder Kausalität geschlossen. Insbesondere aus dem Umstand, dass die Giroguthaben (4.032 Mrd Euro) die Zentralbankguthaben (516 Mrd Euro Mindestreserve plus 337 Mrd EUR Einlagefazilität – 27. Juli 2012) massiv übersteigen, wird fälschlich auf eine relative Unwichtigkeit der Zentralbankguthaben und somit zugleich auf die Existenz der Buchgeldschöpfung durch die Banken geschlossen. Die Zinsen ergeben sich aber aus der Möglichkeit der Zentralbank, jeden Bedarf bedienen zu können (Elastizität), nicht aus den bestehenden Volumen an Einlagen und kurzfristigen Krediten.

Zugespitzt zeigt sich dieses Prinzip an der Spitzenfazilität. Da diese oft nur in geringem Umfang genutzt wird, wird sie von vielen Autoren für bedeutungslos erklärt. Gleichwohl ist die Spitzenfazilität ein konstitutives Element des Geldsystems, ohne das der Geldmarkt nicht störungsfrei funktionieren kann. Sie entpuppt sich bei näherem Hinsehen als das zentrale Unterdruckventil, das zwar in der Regel nur alle paar Tage mal in relativ kleinen Mengen in Anspruch genommen wird,

ohne das aber der gesamte Geldmarkt schon bei kleineren, nicht eingeplanten Schwankungen im Geldbedarf komplett in die Krise geraten oder gar zusammenbrechen könnte. Sie ist deswegen so zentral, da Banken sie jederzeit, sofort, ohne zusätzlichen Genehmigungsprozess und in (fast) beliebiger Höhe in Anspruch nehmen können. Sie ist eine ständig verfügbare Alternative zum Interbankenmarkt. So deckelt und beeinflusst die Spitzenfazilität effektiv die Geldmarktzinsen.

Wenn hingegen Volumenverhältnisse – wie in der Buchgeldschöpfungstheorie – zur alleinigen ökonomischen Argumentation herangezogen werden, ist höchste Vorsicht geboten.

### **Die Zentralbankgeldgebühr ermöglicht der Zentralbank Zinssenkungen**

Was bedeutet dies alles nun für die Einführung einer Liquiditätsgebühr? Unmittelbares Ziel der Einführung der Geldgebühr ist es, die Geld- und Kapitalmarktzinsen auf ein Niveau zu senken, das mit dem Ziel langfristiger Stabilität in Einklang steht. Durch die heutige geringe Zinsdifferenz zwischen dem »Cost-of-Carry-Floor« – also der bei Hortung sich ergebenden nominalen Effektivverzinsung – und dem nominalen Geldmarktzinssatz baut sich heute bei niedrigen Zinsen ein spekulationsförderndes Inflationspotential auf. Dies versuchen die Zentralbanken nach einer Rezession durch Zinserhöhungen wieder zu bekämpfen. Zugleich macht heutzutage die Aussicht auf steigende Zinsen Spekulationen zusätzlich attraktiv. Daher sollte der Cost-of-Carry-Floor dauerhaft abgesenkt (also Zentralbankgeld mit einer jährlichen Gebühr belastet) werden, um so Spekulationsanreize und Inflationsdruck abzubauen und den Zentralbanken zu ermöglichen, die Geldmarktzinsen weiter niedrig zu halten oder gar noch weiter zu senken. Zugleich sinken durch die mangelnde Aussicht auf künftig steigende Geldmarktzinsen sowie die Verteuerung spekulativer Geldzurückhaltung auch die Kapitalmarktzinsen auf ein Niveau, das künftig Schuldenschnitte oder Entschuldungen mittels erhöhter Inflationsraten überflüssig werden lässt und ein nachhaltiges niedriges Wirtschaftswachstum erlaubt.

### **Forderungen**

Aus der vorangegangenen Analyse folgt nun, dass die Einführung von Durchhaltekosten beim Zentralbankgeld – und nur beim Zentralbankgeld – ansetzen muss. Im Einzelnen ergeben sich daraus folgende Forderungen:

**1. Stabilitätsabgabe auf Zentralbankgeld**  
Durchhaltekosten sollen nur auf Zentralbankgeld erhoben werden. Bargeld und Zentralbankguthaben der Banken (einschließlich der Kassenbestände der Banken) werden ex-

akt gleich behandelt. Eine Differenzierung der Gebühr in Höhe und Frequenz zwischen Bargeld und Zentralbankguthaben findet nicht statt.

### **2. Keine staatliche Gebühr auf Girokonten**

Jede Maßnahme, die Gebühr auch auf Giroguthaben o.ä. vorzuschreiben, dürfte aller Voraussicht nach stark kontraproduktiv wirken. Das Anlegen von Geld wäre danach unattraktiver als die Bargeldhortung. Da kurzfristige Gelder (z.B. Giralgeld) sich ökonomisch – d.h. vor Abzug der mit der Verwaltung von Giralgeldern verbundenen Kosten – am Zinssatz für Zentralbankgeld orientieren, würden sie durch eine zusätzliche Gebühr ökonomisch deutlich schlechter als das Zentralbankgeld gestellt und somit für die Banken uninteressant. Dadurch könnte das Horten von mit Umlaufgebühr versehenem Bargeld sogar trotz der erwartbaren Verluste interessanter als die Giralgeldeinlage werden. Dies dürfte nicht nur Missmut bei sämtlichen Inhabern von Girokonten erregen, sondern triebe zugleich auch die meisten Geschäftsbanken durch zu hohe Refinanzierungskosten in die Unwirtschaftlichkeit und somit in die baldige Insolvenz. Eine hoheitliche Erhebung der Gebühr auf Giroguthaben lehnen wir daher ab. Es muss allein Sache der Geschäftsbanken bleiben, inwieweit sie die Konditionen beispielsweise für Giro- und Tagesgeldkonten den geänderten Marktbedingungen anpassen und diese mit einer Gebühr belegen.

### **3. Fristentransformation muss erhalten bleiben**

In dem Maße wie Geschäftsbanken in der Lage sind, mit kurzfristigen Einlagen längerfristige Kredite zu finanzieren, brauchen die kurzfristigen Einlagen auch nicht mit einer Gebühr belastet zu werden. Die mit der Fristentransformation verbundenen Risiken (z.B. Zinsänderungsrisiko) der Banken sollten zwar durch entsprechende Regulierungen sinnvoll begrenzt werden. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass hier nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Schließlich erfüllt die Fristentransformation eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion, indem sie das Gesetz der großen Zahl ausnutzt und es so ermöglicht, dass private Haushalte ihre Immobilie oder Unternehmen ihre diversen Investitionen mit langlaufenden Krediten zu bezahlbaren (und festen) Zinsen finanzieren können, obwohl es kein entsprechendes Volumen an langfristigen Einlagen gibt. Gerät trotzdem mal eine Bank in Zahlungsprobleme, ist es besser, eine Einzelfalllösung zu erarbeiten. Da es hier in erster Linie um vorübergehende Liquiditätsengpässe und nicht um tatsächliche Verluste geht, ist dies ordnungspolitisch ausreichend.

Hingegen sind für eine wirkliche Stabilität des Bankensystems stabile Fundamentalfaktoren wichtig: Ein funktionierendes Rechtssystem, eine mäßige Gesamtverschuldung, eine nur moderate Ungleichverteilung von Reichtum und Vermögen sowie funktionierende Arbeits- und Gütermärkte können zwar sinnvoll durch zusätzliche Regelungen zum Bankengeschäft ergänzt werden. Durch Bankenregulierung allein lässt sich jedoch noch keine hinreichende volkswirtschaftliche Stabilität erreichen.

### **4. Weitere geldpolitische Maßnahmen mit Vorsicht**

Weitere grundlegende strukturelle Änderungen im Geldwesen sollten mit der Einführung von Durchhaltekosten auf Zentralbankgeld nicht verbunden werden. Beispielsweise ist eine zeitgleiche stärkere Erhöhung der Mindestreserve zu vermeiden. Gleichwohl könnte eine moderate Erhöhung von derzeit 1% auf vielleicht 5% helfen, falls Geldanleger ihre Giral- und kurzlaufenden Gelder in lang laufende Bankeinlagen (ohne Mindestreservspflicht) umschichten sollten. So könnte bei zurückgehender Bezugsgröße die Zentralbankgeldmenge – die ja weitgehend aus der Mindestreserve besteht – auf einem Niveau gehalten werden, das für die reibungslose Abwicklung des unbaren Zahlungsverkehrs benötigt wird. Eine über 5% hinausgehende Erhöhung der Mindestreserve würde jedoch unnötige Kosten in einer zunächst ohnehin gewöhnungsbedürftigen und somit kostenintensiven Umstellungsphase verursachen. Mit den heutigen Instrumenten der Zinssteuerung kann die Zentralbank gerade bei der Einführung einer Geldgebühr hinreichend flexibel auf mögliche Änderungen im Zahlungsverkehr- und Anlageverhalten reagieren.

### **Fazit**

Da nur das Zentralbankgeld betroffen ist, ist die Einführung einer zinssenkenden Geldgebühr einfacher zu implementieren, als es vielleicht zunächst scheinen mag. Zugleich darf aber diese Einführung nur sehr behutsam von weiteren Anpassungen im Geldsystem begleitet werden. Zu radikale Änderungen, wie etwa eine drastische Erhöhung der Mindestreservequoten oder gar eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Zinssteuerung durch die Zentralbanken, sind unbedingt zu vermeiden oder sollten bei Bedarf erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt eingeführt werden. Ebenso darf die hoheitliche Gebühr auch nicht auf Girokonten angewandt werden. Den Banken ist lediglich das Recht einzuräumen, die Gebühr auf Girokonten umzulegen.

**Axel Thorndorff\* und Tobias Schütze**

\* Name geändert, der Autor möchte aus beruflichen Gründen anonym bleiben.

# Umlaufimpuls auf Zahlungsmittel

Das Wesentliche an Silvio Gesells geldreformerischem Ansatz ist die Sicherung des Geldumlaufs mithilfe einer Umlaufsicherungsgebühr, die dem Geld seine Überlegenheit über Ware und Arbeit nehmen soll. Doch was ist Geld? Worauf genau sollte die Gebühr erhoben werden?

**G**esell hatte erkannt, dass mit einem Rückgang des Zinses auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nachlässt und es dadurch zu Stockungen im Wirtschaftskreislauf kommt. Statt das Geld mit hohen Zinsen in den Kreislauf zu locken und so von Arm nach Reich umzuverteilen, wollte er den Umlauf auf andere Weise sicherstellen. Denn die Währung ohne Kontrolle der Umlaufgeschwindigkeit kontrollieren zu wollen, bedeutet Sisyphosarbeit – eine Erkenntnis Gesells, die sich die heutige monetäre Ökonomie zu Herzen nehmen sollte.

## Volt und Ampere

Die Betonung der Umlaufgeschwindigkeit erlaubt aber nicht den Schluss, dass Gesell der Geldmenge weniger Bedeutung zumäß. Beides unter Kontrolle zu bringen, machte für ihn erst eine funktionierende Währung aus: »Auch bei der currency kommt es auf Volt (Menge) und Ampere (Umlaufgeschwindigkeit) an«, schrieb er. Da nach der freiwirtschaftlichen Reform der stetige Umlauf des Geldes gesichert ist, kann das Gesellsche Währungsamt – viel effektiver als die EZB heute – den Auftrag der Preisstabilität erfüllen. Dies, indem es die Preise beobachtet und die Geldmenge dem Angebot der Wirtschaft anpasst.

## Kreisläufe statt Wachstumsspiralen

Die heutige »Politik des billigen Geldes« ist das Ergebnis der Nichtbeachtung dieser Zusammenhänge. Verknüpft mit all den angeblichen Rettungsschirmen, versucht sie den Mechanismus der ökonomischen Eskalation fortzusetzen, der unser Leben bis in die letzten Winkel beherrscht. Die Eskalationsspirale, bedingt durch ein fehlerhaftes Geldsystem, führte zu exponentiellem Wirtschaftswachstum und exponentieller Verschuldung, deren Zwängen wir hilflos ausgeliefert scheinen.

Insbesondere der Schutz von Umwelt und Ressourcen gebietet jedoch in einer endlichen Welt ein Denken in Kreisläufen, statt in endlosen Wachstumsspiralen. Genauso braucht die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Kreislaufdenken. Es lohnte sich, bei Ökonomen nachzuschlagen, die sich für dieses Ziel ein-

setzten, wie z.B. Pierre-Joseph Proudhon. Sein Grundgedanke: »Verschafft der Volkswirtschaft einen geschlossenen Kreislauf, d. h. einen vollkommenen und regelmäßigen Gütertausch, erhebt Ware und Arbeit auf die Rangstufe des baren Geldes, und die menschliche Gemeinschaft ist gesichert, die Arbeit vernunftgemäß geordnet.« Gesell hat dies in der NWO zitiert, sein Plan war jedoch, statt einer Rückkehr zur reinen Tauschwirtschaft, dem Geld seine Überlegenheit über Ware und Arbeit zu nehmen. Auch so lässt sich die Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft stärken.

## Geldkreisläufe heute

Doch wie schaffen wir einen funktionierenden Geldkreislauf, der eine ökologische und menschengerechte Kreislaufwirtschaft (im wahrsten Sinne des Wortes) ermöglicht? Was ist Geld überhaupt und wie genau soll sein stetiger Umlauf gesichert werden?

Tatsächlich hat unsere Währung heute drei Geldkreisläufe:

1. den Kreislauf zwischen der Zentralbank und den Banken sowie den Banken untereinander (Interbankenmarkt) mit Zentralbankguthaben,

2. den Publikumskreislauf mit Girogeld; streng genommen handelt es sich hierbei auch nur um Guthaben auf den Girokonten der Kunden bei ihren Banken, jedoch wird der größte Teil der Umsätze in unserer Wirtschaft damit abgewickelt,

3. und außerdem den Bargeldkreislauf, bestehend aus Banknoten und Münzen, mit denen ebenfalls Umsatz gemacht wird, vor allem die konjunkturreisende Endnachfrage der Verbraucher.

Kreislauf 1 und 2 sind im Prinzip getrennt, aber dennoch miteinander verzahnt. Die Grenze zwischen diesen beiden ist nur für das Bargeld durchlässig. Die Verzahnung ist nicht leicht zu durchschauen, wodurch schwer erkennbar ist, was genau das Gesamtsystem instabil macht.

## Möglichkeiten der Geschäftsbanken

Die Publikumskreisläufe wurden aufgrund der Reduzierung der Mindestreservepflicht immer weiter vom Zentralbankguthaben-Kreislauf des Bankensystems entkoppelt. Dadurch sind die Geschäftsbanken ein Stück weit vom Zentralbankgeld unabhängig. Sie müssen nicht ständig über die gesamten Einlagen verfügen, die man ihnen anvertraut hat. Ein Bruch-



Die Währung ohne Kontrolle der Umlaufgeschwindigkeit kontrollieren zu wollen, bedeutet Sisyphosarbeit – das ist eine Erkenntnis Gesells, die sich die heutige monetäre Ökonomie zu Herzen nehmen sollte.

teil reicht aus. In Deutschland wurde der Mindestreservesatz zu Jahresanfang nochmals von 2 auf 1 Prozent gesenkt.

Zudem bieten bankinterne Überweisungen und die Saldierung der Clearing-Systeme zwischen den Banken die Möglichkeit, Zahlungen ohne Zentralbankgeld abzuwickeln. Auch das ist ein unkontrollierbarer Faktor. Allerdings wird nur im Massenzahlungsverkehrssystem (EMZ) saldiert und dieses macht nur rund 1 Prozent des bargeldlosen Zahlungsverkehrs aus.

Man sollte die Möglichkeiten der Banken daher auch nicht überbewerten. Speziell die geringe Mindestreservepflicht und die davon profitierende Fristentransformation bergen ja auch Risiken.

### **Bedeutung von Liquidität**

Machen wir uns bewusst: Banken sind Firmen, die – wie alle anderen Firmen auch – ihre Liquidität aufrechterhalten müssen. Da jeder Abfluss von Guthaben, der über deren Zufluss hinausgeht, mit zusätzlichen Zentralbankgeld-Kosten verbunden ist, konkurrieren sie untereinander um die Gunst der Einleger. Sie benötigen Zentralbankgeld für alle Transaktionen, die sie nicht auf eigenen Konten ausführen können: Bartransaktionen, Zahlungen an andere Kreditinstitutsgruppen und zugunsten von Kontoinhabern der Bundesbank. Und wenn sich eine Bank zusätzlich Zentralbankgeld besorgen muss, sei es auf dem Interbankenmarkt, sei es »frisch« von der EZB, muss sie dafür Zinsen zahlen.

Etlliche Geschäftsbanken, vor allem in Südeuropa, kamen in letzter Zeit in die missliche Lage, viel mehr Zentralbankgeld zu benötigen als gewöhnlich. Durch faul gewordene Kredite und plötzliche Geldabflüsse, und auch zur Finanzierung der vom Bankrott bedrohten Staatshaushalte, brauchen sie derzeit das billige Geld, sonst gehen sie selbst Pleite. Und die EZB gewährt es ihnen in großen Mengen, längerfristig und günstig, weil sonst Kettenreaktionen die gesamte europäische Wirtschaft (und darüber hinaus) zerrütten würden.

### **Zentralbankgeld**

Zentralbankgeld besteht aus Bargeld und Sichtguthaben bei der Zentralbank, die jederzeit in Bargeld umgetauscht werden können. Dabei ist der größte Teil nicht einmal für allezeit in Umlauf gegeben, sondern muss immer wieder neu von der Zentralbank »gemietet« werden.

Bei Einführung der DM gab es eine »Erstaussattung« mit Zahlungsmitteln. Seither gilt: Nur wenn durch den Verkauf von Devisen oder Gold an die Notenbank keine Rückzahlungsverpflichtung der Geschäftsbanken besteht, wird Zentralbankgeld nicht über Kredite geschaffen. In allen anderen Fällen lässt sich

seine Entstehung auf eine Kreditgewährung der Notenbank zurückführen.

Zentralbankgeld scheint risikolos, da die Zentralbank in ihrer eigenen Währung stets die benötigte Liquidität schaffen kann. Auch die Zinseinnahmen sind im Prinzip unschädlich, weil sie an den Staat fließen. Doch für die Geschäftsbanken können diese Kosten zu einem Problem werden. Zur Refinanzierung bei der EZB brauchen sie zudem Aktiva, die die Zentralbank zu erwerben bereit ist. Auch damit hatten manche Banken Probleme, so dass die EZB ihre Anforderungen an solche Aktiva herunterschrauben musste.

### **Was wirklich zählt: Zahlungsmittel**

Was wirklich zählt in einer Wirtschaft, sind jedoch die Zahlungsmittel des Publikums (Geldmenge M1). Damit wird von den Wirtschaftsteilnehmern gekauft, was sie mehr oder weniger brauchen, und bezahlt, was sonst noch zu bezahlen ist. Der größte Teil besteht da-

»In einer endlichen Welt  
gebietet der Schutz von  
Umwelt und Ressourcen  
ein Denken in Kreisläufen,  
statt in endlosen  
Wachstumsspiralen.«

bei aus Giralgeld, das einfach überwiesen werden kann, auch wenn die Endnachfrage immer noch zu 58 Prozent der Kaufsummen mit Bargeld abgewickelt wird. Das von den Notenbanken herausgegebene Bargeld macht je nach Land lediglich 5-20 Prozent der Geldmenge aus. Der Rest zirkuliert bargeldlos und wird weitgehend von den Geschäftsbanken in Umlauf gesetzt: per Kredit als Guthaben auf den Girokonten der Kunden. Da mit diesen Guthaben bezahlt wird, ist es nur logisch, dass sie als »Geld« gelten.

Wichtig ist, dass mittels dieser Guthaben auch Eigentumsverhältnisse im Bestand verändert werden, z.B. bei Immobilien oder Unternehmensanteilen.

### **Geldschöpfung für Zins und Zinseszins**

Somit können Banken tatsächlich »mit Krediten immer Geld schöpfen, wenn die Kreditnehmer diese durch Vermögen oder auf andere Weise absichern können« (siehe S. 7). Dazu brauchen sie nicht unbedingt Kundeneinlagen, denn es gibt nicht nur die Kreditvergabe aus der Ersparnis, sondern auch die aus der kommerziellen Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken, wenn mehr Kreditanfragen von ausreichend potenten Schuldnern

vorliegen als zur Finanzierung der Guthabenzinsen für die bestehenden Einlagen nötig wären. Und bis vor kurzem galten Staaten als unbeschränkt potente Schuldner!

Die Pointe jedoch ist: Um die Menge der Zahlungsmittel (M1) aufrechtzuerhalten, braucht es diese enorme Geldschöpfung! Denn durch die Milliarden von Euros, die jedes Jahr an Guthabenzinsen ausgeschüttet werden (allein in Deutschland 2008 342 Mrd.), verringert sich die Menge der Zahlungsmittel, aus der die Zinsen ja berappt werden müssen! Auch Neuersparnisse und Tilgungen verringern die Zahlungsmittelmenge.

Das exponentielle Anwachsen vor allem der Sichtguthaben, über den Erhalt der Zahlungsmittelmenge hinaus, ist sowohl durch zusätzliche Neukredite als auch durch Umschichtungen aus lang- und längerfristigen Geldanlagen zu erklären.

### **Geldhortung**

Es muss immer neues Geld geschöpft werden, weil es hauptsächlich zu denen fließt, die eh schon zu viel davon haben. Bei den Reichen herrscht inzwischen Anlagenotstand. Sind die erzielbaren Zinsen und Renditen nicht hoch genug, wird das Geld gehortet. Nicht nur die Bargeldhorte nehmen zu, sondern auch das Horten auf Girokonten, den schnell verfügbaren Spekulationskassen.

Dieses Horten auf Girokonten ist für die Banken problematisch. Fristentransaktionsgeschäfte mit Spekulationskassen sind zu riskant, da die Kunden ihr Geld ja sehr schnell wieder abziehen könnten. Außerdem müssen die Banken hierfür selbst Kapital zurückstellen, um jederzeit flüssig zu sein. Das fehlt ihnen an anderer Stelle.

### **Konsequenz**

Eine US-Bank (BNY Mellon) kam letztes Jahr auf die vernünftige Idee, für die Guthaben auf ihren Girokonten eine prozentuale Gebühr zu verlangen. Diese Idee sollte Schule machen!

Wir brauchen einen Stimulus, der dafür sorgt, dass unsere Zahlungsmittel nicht gehortet werden. Es reicht nicht aus, die Gebühr auf Bargeld allein oder zusätzlich auf die Zentralbankguthaben der Banken bei der EZB zu erheben. Dann würde das Bargeld eingezahlt, um der Gebühr zu entgehen, könnte aber ungestraft weiter auf den Girokonten liegenbleiben. Selbst wenn die Banken die Gebühr auf Zentralbankguthaben auf die Girokonten abwälzen würden, reichten sie von der Höhe her nicht aus, um tatsächlich ein Antrieb zu sein. Wir brauchen einen richtigen, d.h. spürbaren Umlaufimpuls für alle Zahlungsmittel.

Beate Bocking



## Nächstes Aktiventreffen am 16. Und 17. November in Essen

Im März 2013 wird die INWO in Kooperation mit einigen anderen Gruppen eine große Tagung in Essen durchführen. Wir werden die Perspektive einer weniger krisenanfälligen und nachhaltig funktionierenden Gesellschaftsordnung aufzeigen, wie sie von der INWO vertreten wird. Dafür haben wir namhafte Referenten gewinnen können und ein ansprechendes Tagungsprogramm auf die Beine gestellt. Details finden sich unter: [www.perspektiventagung.de](http://www.perspektiventagung.de)

### Ein guter Grund, aktiv zu werden!

Um diese Tagung optimal zu bewerben und reibungslos abzuwickeln brauchen wir viele Aktive.

Daher steht beim nächsten INWO-Aktiventreffen die Vorbereitung der Tagung im Vordergrund. Das Aktiventreffen findet am 16. und 17. November, von Freitagabend 18 Uhr bis Samstag 18 Uhr, in der Volkshochschule Essen statt.

### Wer gründet neue Regionalgruppe?

Außerdem stehen auf dem Programm: Unterstützung der INWO-Regionalgruppen, INWO-MV 2013, Pressekontakte, INWO-Homepage. Weitere Themenwünsche nimmt Vlado bei der Anmeldung entgegen.

E-Mail: [Vlado.Plaga@INWO.de](mailto:Vlado.Plaga@INWO.de)

## Kurzbericht vom INWO-Aktiventreffen in Gießen

Zum Aktiventreffen am zweiten Augustwochenende in der Jugendherberge Gießen traf sich diesmal nur ein kleiner Kreis. Wir haben das kleine Treffen aber genutzt, um effektiv alle geplanten Themen abzuhandeln. So bezogen wir gleich nach dem Abendbrot unseren Konferenzraum und waren im Nu konzentriert bei der Sache. Lang und ausgiebig wurde über den INWO-Werbetrailer diskutiert. Es gab doch manche Verbesserungsvorschläge. Der Trailer soll auf einer CD als Werbung, zusammen mit digitalisierten Zeitschriften und Flyern, bis Weihnachten fertig sein. Er ist auf einem guten Weg und mittlerweile steht schon eine Fassung bei youtube zur Ansicht.

Um Vorgänge wie vor und während der letzten MV zukünftig zu vermeiden, wurde dann über das Thema »Ordentliche Mitgliedschaft« gesprochen. Hier kam auch ein Mitglieds-

ausweis ins Gespräch. Auf jeden Fall sollen alle Mitglieder rechtzeitig vor der nächsten MV auf den Unterschied zwischen Förder- und Vollmitgliedschaft hingewiesen werden. Das Thema Mitgliedsausweis wollen wir beim nächsten Aktiventreffen am dritten Novemberwochenende in Essen nochmal aufgreifen.

Auch am Samstag ging es, nach einem ordentlichen Frühstück, zügig mit den Tagesordnungspunkten weiter. Es wurden Beschlüsse für den INWO-Stand auf dem Evangelischen Kirchentag vom 2.-4. Mai 2013 in Hamburg gefasst. Außerdem haben wir die Ausrichtung und die Vorbereitung der geplanten Geldtagung der INWO am 15./16. März 2013 in Essen umfänglich diskutiert.

Nach dem Mittagessen und einer kreativen Pause wurde am Nachmittag die Diskussion zum BGE-Standpunkt und zum nächsten Aktiventreffen in Essen geführt. Es wird haupt-

sächlich der Vorbereitung der Geldtagung dienen und ist deshalb am selben Ort.

Nach dem Abendbrot lockerten wir uns mit einem flotten Tischtennismatch auf. Am Abend wurde die zukünftige strategische Ausrichtung der INWO besprochen und über neue Möglichkeiten der Ansprache von potenziellen Mitgliedern und Förderern nachgedacht. Dabei wurde auch eine etwas smartere Gestaltung der fairconomy und die Einbindung weiterer Aktiver bei unserer Medienarbeit anvisiert.

Am späten Abend und am Sonntagvormittag haben wir noch die Themen Vorstandswahlen zur MV in 2013 und die Stellung der INWO zu verschiedenen Themen wie u.a. Geldschöpfung/Buchgeld diskutiert. Gegen Mittag waren wir dann alle entsprechend erschöpft und traten mit dem Kopf voller INWO-Gedanken die Heimreise an.

Frank Rösner

## Der Crash kommt ... und dann?

### Perspektiven einer zukunftsfähigen Geld- und Wirtschaftsordnung

#### Tagung am 15./16. März 2013 in der VHS Essen

Wir werden analysieren, wo die Konstruktionsfehler der jetzigen Geld- und Wirtschaftsordnung liegen, die zur Ausweglosigkeit der derzeitigen Geld- und Konjunkturpolitik geführt haben. Wir wollen deutlich machen, was notwendig und realisierbar ist, um eine zukunftsfähige Ordnung zu schaffen. Dabei werden insbesondere Vorschläge wie die Gebühr auf Geldhaltung und negative Notenbank-Zinssätze unter die Lupe genommen.

In verschiedenen Foren haben die Tagungsgäste Gelegenheit, sich intensiv mit diesen Themen zu beschäftigen und mitzudiskutieren.

Als Referenten werden u.a. mit dabei sein:

- Prof. Thomas Huth, »Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht – Ein Versuch über Keynes«
- Prof. Dirk Löhr, »Die Plünderung der Erde«

- Dirk Müller, »Crashkurs« (angefragt)
- Prof. Max Otte, »Der Crash kommt«
- Detlef Wendt, stellv. Vorsitzender des Ökosozialen Forums Deutschland e.V., Abteilungsleiter Sozialministerium Thüringen

Die Moderation übernimmt Thomas Wendel, Redakteur Capital und Financial Times Deutschland

Veranstalter:

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, INWO e.V.  
Ökosoziales Forum Deutschland, ÖSF e.V.  
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, SG  
VHS Essen

Kontakt: Klaus Willemsen, Tel: 0211 - 30 41 05,  
E-Mail: [Klaus.Willemsen@INWO.de](mailto:Klaus.Willemsen@INWO.de)  
[www.perspektiventagung.de](http://www.perspektiventagung.de)

Der Crash kommt ...

## INWO bei »Das Fest«

Einmal ist immer das erste Mal. So war es auch Ende Juli für einige Aktive und mich (überwiegend aus Stuttgart und Karlsruhe), als wir für zwei Tage den INWO-Infostand auf »das Fest« in Karlsruhe betreuen durften. Auf diesem großen Open-Air-Festival mit über 50.000 Besuchern pro Tag gibt es jede Menge Musik und Aktionen für Groß und Klein. Zudem haben gemeinnützige Vereine die Möglichkeit, sich auf der so genannten »Infomeile« mit einem Infostand zu präsentieren.

Das hieß also für uns: Bühne frei für die INWO! Wir sind daher gleich mit sechs Aktiven (»alte Hasen« als auch Debütanten) vor Ort gewesen, um die Massen zu begeistern. Zwei Tage ging es dann »heiß her«, wobei der Samstag durch Regen und zeitweise heftige Gewitter zunächst etwas Ernüchterung brachte, denn der Regen hielt leider auch die Besuchermassen in Grenzen. Außerdem waren wir damit beschäftigt, unser Zelt (erfolgreich) gegen den Sturm zu verteidigen. Trotzdem haben wir (als einer der wenigen Stände) bis gegen Mitternacht »durchgemacht«. Selbst in der Dunkelheit haben die Besucher bei uns Halt gemacht, um sich zu informieren.

Der Sonntag war dann vom Besucheransturm her umso erfolgreicher und es gab fast keinen Moment, an dem wir nicht in Gespräche vertieft waren. Das Interesse war enorm, und das von 11 Uhr morgens bis spät am Abend.

Jörg Schreiner hat uns – als der vielleicht einzige Vortragsredner auf dem ganzen Fest? – zusätzlich kommunikationsstark unterstützt, denn die Besucher haben seine fast stündlichen Kurzvorträge gespannt mitverfolgt. Wo gibt's das sonst?: Statt dem Open Air-Konzert beizuwohnen, hörte man sich lieber In-

formationen über die Funktionsweise unseres Geldsystems an!

Die 30%-Bierdeckel waren – wie auch meistens auf anderen Infoveranstaltungen – der Hingucker und wurden uns massenweise ab-



Unser Team in Karlsruhe: Nathanael, Andrea, Jörg, Jürgen, Philipp, Jochen (v.l.n.r.)

genommen. Genauso die INWO-Flyer sowie unsere neuen Visitenkarten mit dem Link auf die Homepage unserer Stuttgarter Regionalgruppe: [www.wo-ist-unser-geld.de](http://www.wo-ist-unser-geld.de). Dort ist neuerdings unsere selbstgebastelte Simpleshow, eine Art Zeichentricksendung, zu bewundern.

Mein persönliches Fazit: Eine rundum gelungene Veranstaltung, die Spaß gemacht hat – und den Besuchern hoffentlich Lust auf ein neues Geld! Die Resonanz war toll, auch wenn man gemerkt hat, dass der Schritt vom Interesse für eine Sache hin zur eigenen Aktivität ein sehr großer ist. Aber ein Anfang ist bei diesen vielen Menschen schon einmal gemacht, das gibt Mut für die Zukunft. Daher ein großer Dank an Andrea, Jörg, Jürgen, Nathanael und Philipp!

Jochen #####



DEUTSCHLAND

Die neue Simpleshow der INWO Stuttgart erklärt auf leicht verständliche Weise, wo unser Geld bleibt. Bereits in den ersten anderthalb Monaten wurden mit über 12.000 Klicks die Erwartungen weit übertroffen. Klicken auch Sie und empfehlen Sie diesen leichten Einstieg ins Geld-Thema weiter: [www.Wo-ist-unser-Geld.de](http://www.Wo-ist-unser-Geld.de)



## Fairconomy-Korrespondenten (w/m) gesucht!

Wer hat Lust, bekannte oder interessante Personen in seiner Region zu

interviewen? Wir sind dabei, einen Fairconomy-Fragenkatalog zu erarbeiten. Fragt Eure Bürgermeisterin, Euren Bundestagsabgeordneten, den örtlichen Sparkassenleiter, den Bischof oder die Geschäftsfrau aus Eurem Bekanntenkreis

- wie sie die wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen einschätzen und
- was sie von den Lösungsvorschlägen der INWO halten.

Es geht darum, so viel wie möglich Multiplikatoren mit den Ideen der Geld- und Bodenreform bekannt zu machen. Wir sind

gespannt darauf, wen Ihr kontaktiert und welche Antworten Ihr bekommt! Die Interviews werden wir auf [www.INWO.de](http://www.INWO.de) veröffentlichen, die interessantesten drucken wir in der Fairconomy ab.

Bitte meldet Euch bei Interesse bei unserem Koordinator Frank Rösner. Er steht für weitere Auskünfte gern per Mail und Telefon zur Verfügung!

Kontakt: [frank.roesner@inwo.de](mailto:frank.roesner@inwo.de)  
Tel.: 09566/297217 AB  
mobil: 0175/4960000





Prof. Dr. Joseph Huber referierte über die Euro-Staatsschuldenkrise und die Option einer Vollgeldreform

## Vollgeldreform oder Systemkrise?

### Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können

Unter diesem Titel fand am 1. und 2. Juni 2012, gut ein Jahr nach der ersten, die zweite grosse Tagung des Vereins Monetäre Modernisierung (MoMo) an der Universität Zürich statt. 300 Personen kamen, um sich in das »bestgehütete Bankgeheimnis«, die private Geldschöpfung mit ihren krisenhaften Konsequenzen, sowie deren Eliminierung einführen zu lassen.

Das von den Banken geschöpfte Buchgeld bläht die Finanzwirtschaft auf, setzt die Realwirtschaft unter Druck und dient als Treibstoff für das globale Casino. Gerät eine große Bank in Schieflage, muss sie mit Steuergeldern gerettet werden. So bleiben die Gewinne privat, während die Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

#### Vollgeld – zur Überwindung der Staatsschuldenkrise

Entgegen der im Ausdruck »Staatsschuldenkrise« enthaltenen Ursachenzuweisung sei diese nicht bloss ein Fall von Politik- und Staatsversagen, sagte Joseph Huber, emeritierter Professor für Wirtschafts- und Umweltsoziologie in Halle-Wittenberg (D), sondern ebenso ein Fall von Banken- und Marktversagen. Staatsschulden sind Anlagevermögen (Rentenpapiere), finanziert durch die überschüssende Giralgeldschöpfung der Banken. Diese gewährten öffentlichen Schuldnern bedingungslos Kredit und steigerten da-

mit die Giralgeldmenge exponentiell. Ohne eine Reform der Geld- und Bankenordnung wird also das Staatsschuldenproblem nicht in den Griff zu bekommen sein. Der Kern der Sache: Die Geschäftsbanken dürfen kein eigenes Geld mehr schöpfen; der Bund erhält das Geldmonopol auch im Bereich des Buchgeldes, das zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wird (Vollgeld).

Zwar lässt sich die aktuelle Finanz- und Überschuldungskrise mit keiner Reform un-

»Staatsschulden sind Anlagevermögen, finanziert durch die überschüssende Giralgeldschöpfung der Banken.«

geschehen machen. Eine Vollgeldreform würde solchen Krisen jedoch künftig nicht nur wirksam vorbeugen, sondern sie würde sofort dazu beitragen, erstens die Staatsverschuldung abzubauen, ohne dabei Forderungen und Verbindlichkeiten auf die brutale Schnelle zu kürzen, und zweitens die Haushalte auszugleichen und die Staatsfinanzen zu konsolidieren, ohne realwirtschaftliche Stagnation bis Schrumpfung, also ohne gesteigerte Inflation, Arbeitslosigkeit und Massenverarmung.

#### Die Finanzkrise als politische Chance

Nach Peter Hablützel, Dr. phil., Autor von »Die Banken und ihre Schweiz«, fördern Finanzkrisen die kritische Sicht auf unsere Wirtschaftsgesellschaft. Wir erkennen, dass (Finanz-)Märkte nicht effizient sind. Von kurzfristigem Gewinnstreben gesteuert, führt prozyklisches Verhalten (Herdentrieb) zu riesigen Währungs-, Immobilien-, Aktien- oder anderen Blasen und Krisen. Der Finanzmarktkapitalismus ist zu einem riesigen Casino geworden, abgekoppelt von der Realwirtschaft.

Die Finanzindustrie kauft Politik und Medien und macht alle Lebensbereiche zunehmend von ihren Entscheidungen abhängig. Die Schweiz gilt als Musterschülerin: Globalisierungsgrad der Wirtschaft, Konzentration und Bedeutung des Finanzplatzes, Hegemonie der Finanzindustrie über Wirtschaft, Politik und Kultur sorgen dafür, dass ausschliesslich Interessenpolitik statt Ordnungspolitik betrieben wird. Und die direkte Demokratie legitimiert den Status quo.

#### Finanzprodukte als Systemrisiken

Die die Realwirtschaft dominierende Finanzwirtschaft werde ihrerseits von einflussreichen Geschäftsbanken und nicht regulierten Hedge-Fonds dominiert, so Marc Chesney, Professor am Institut »Banking and Finance« der Uni Zürich. Die von ihnen erzeugten Finanzinnovationen basieren meistens auf der

Strukturierung von derivativen Produkten. Sie sollten erstens zur Absicherung von Risiken dienen (Hedging), zweitens zur Förderung der Informationseffizienz der Märkte und drittens zur Harmonisierung der Interessen des Managements und der Aktionäre. Leider haben jedoch derivative Produkte wesentlich zur aktuellen Finanzkrise beigetragen, weil ihre ursprüngliche Absicherungsfunktion zu blossen Wetten verkehrt worden ist.

So lässt sich mit Bankrotten von Unternehmen und Staaten weit mehr Geld verdienen, als wenn diese gedeihen würden. Ein Zulassungsverfahren für Finanzprodukte (Zertifizierung) wäre eine unabdingbare Voraussetzung für die Domestizierung der Finanzwirtschaft zur Dienerin der Realwirtschaft.

### Für eine Komplementarität von staatlichen und privaten Geldern

Unter Hinweis auf das in der Schweiz bereits seit über 70 Jahren existierende und offiziell als Parallelwährung anerkannte Beispiel für ein Privatgeld, den WIR, plädiert Prof. Dr. Margrit Kennedy, Architektin, Ökologin und Geldexpertin, für eine Ergänzung des Staatsgeldes durch komplementäre Währungen zur Stabilisierung des gesamten Wirtschaftssystems. Doch Politiker aller Parteien wissen weder, wie das fraktionale Reservesystem funktioniert, noch wie ein nachhaltiges Geldsystem entstehen und den kontinuierlichen Wachstumswang, die Bildung von Spekulationsblasen und die Umverteilung finanzieller Ressourcen von Fleißig zu Reich beenden kann. Die Beseitigung der Fehler im Geldsystem selbst, zusammen mit »komplementären« Währungen für verschiedene Zwecke von der lokalen bis zur globalen Ebene würden es ermöglichen, den negativen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen, den Abfluss finanzieller Liquidität aufzuhalten und der Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abwanderung von Firmen Einhalt zu gebieten.

### Freiheit und Gerechtigkeit: Ethische Grundlagen der Geldreform

Dass die Frage, wie eine Geldordnung auszusehen hat, auch eine ethische ist, legte der Titularprofessor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Sopron, Ungarn, Mark Joób überzeugend dar. Die konventionelle

Wirtschaftswissenschaft, die den Menschen und die Natur als externe Faktoren behandelt und in Kosten-Nutzen-Abwägungen nicht berücksichtigt, ist inhuman und destruktiv. Freiheit im neoliberalen negativen Sinne (Abwesenheit von Zwang) muss mit einer positiven Freiheitsauffassung ergänzt werden, denn wirkliche Freiheit erfordert auch materielle Ressourcen wie Nahrung und Geld, ohne die man kaum reale Handlungsmöglichkeiten hat. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Dabei kommt dem Geld und der Geldproduktion eine zentrale Rolle zu. Schulden engen die reale Freiheit extrem ein, weshalb das heutige Kreditgeldsystem abzulehnen ist. Aus ethischer Sicht kann nur eine Geldordnung wie das Vollgeldsystem gutgeheissen werden, das eine gerechte Verteilung von Freiheit gewährleistet und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur ermöglicht.

### Mehr als Vollgeld: Finanzmarktreform

»Geld ist ein öffentliches Gut und keine Ware«, begründet Philippe Mastronardi, der emeritierte HSG-Staatsrechtsprofessor und frühere Sekretär der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) im Bundeshaus, die Reform. Er sieht das bisherige Modell – freier Markt unter staatlicher Aufsicht – als überholt an. Die Versorgung der Gesellschaft mit Geld muss eine öffentliche Aufgabe sein. Banken als gewinnorientierte Teilnehmer des Spiels und Vermittler von Geld dürfen nicht die Spielregeln diktieren. Geld ist nicht als Ware oder gar als Produkt der Geschäftsbanken zu sehen, sondern als Vereinbarung zwischen den Teilnehmern im Spiel der Marktwirtschaft, als ein »Service Public«, der die Finanzwirtschaft wieder voll in den Dienst der Realwirtschaft stellt. Damit die Reform in Gang kommt, braucht es eine Revision der Bundesverfassung. Art. 99 weist dem Bund zwar das alleinige Recht zu, Münzen und Banknoten auszugeben. Über das Buchgeld aber schweigt sich die Verfassung aus. Die Nationalbank selber soll aufgewertet und als Monetative zur vierten Gewalt im Staat werden – neben Exekutive, Legislative und Judikative. Damit wollen die Vollgeld-Promotoren die Unabhängigkeit der Geldschöpfer absichern. Parallel dazu soll eine wirksame Finanzmarktreform verhindern, dass die Vollgeldreform unterlaufen wird.

Hansruedi Weber,  
Präsident Monetäre Modernisierung e.V.

### Warum ich in der INWO aktiv bin ...



Für Politik interessiere ich mich schon seit ein paar Jahren. In dieser Zeit habe ich mich in verschiedenen Themengebieten informiert und dabei festgestellt, wie viele Probleme es eigentlich in all diesen Bereichen und global gesehen gibt.

Dabei bin ich dann irgendwann auch auf die Zinsproblematik gestoßen und habe erkannt, dass das ein Kernproblem ist, aus dem viele der jetzigen Probleme fol-

gen. Der Wachstumswang auf Kosten der Arbeiter, der »dritten Welt«, der Umwelt, die Umverteilung von Arm zu Reich und damit einhergehende soziale Probleme; die Macht des Geldes durch die Möglichkeit, es zurückzuhalten und damit Macht über die Wirtschaft zu erhalten sowie Druck auf die Politik auszuüben ...

Für alle möglichen Folgeprobleme gibt es unzählige Vereine und Stiftungen: gegen Armut, gegen Umweltzerstörungen, gegen Lobbyismus, usw. Diese Vereine haben natürlich alle ihre Berechtigung, aber

grundlegend geändert hat sich durch sie leider nicht viel.

Daher hat sich für mich die Geld- und Bodenreform als erster notwendiger Schritt herauskristallisiert. Mir ist bewusst, dass damit noch nicht gleich alle Probleme gelöst sind, aber als erstes sollten die Wurzeln der Probleme aus der Welt geschafft werden.

Damit die Ideen der Geld- und Bodenreform weiterverbreitet werden und sie sich auch irgendwann durchsetzen, bin ich bei der INWO aktiv.

Sascha Bender

# Vollgeld – ein Ausweg aus der Euro-Schuldenmisere?

Derzeit bekommen die Vorschläge der Monetative-Initiative verstärkt mediale Aufmerksamkeit. Klaus Karwat, 1. Vorsitzender der Monetative in Deutschland, beschreibt die Anliegen des Vereins und erklärt, wie durch Vollgeld die Staatsverschuldung abgebaut werden könnte.



**1.** Herr Karwat, können Sie kurz zusammenfassen, welche Ziele die Monetative verfolgt?

**Klaus Karwat:** Monetative e.V. verfolgt das Ziel, die Bevölkerung über das Thema »Geldschöpfung« aufzuklären und die Geldschöpfung zukünftig nur noch der öffentlichen Hand zu erlauben.

**2.** Sie sehen die finanziellen Gründe der Krise in der so genannten multiplen Giralgeldschöpfung durch die Banken. Wie funktioniert diese Schöpfung aus Ihrer Sicht?

**KK:** Die Geschäftsbanken buchen bei Kreditvergaben auf der Aktivseite ihrer Bilanz die Kreditforderung und auf der Passivseite ihrer Bilanz Verbindlichkeiten auf Auszahlung von Bargeld, die wie Geld (= Giralgeld) akzeptiert und benutzt werden. Dieses »Geld« wird durch die Buchung auf Girokonten der Kunden neu geschöpft, die Bilanz der Bank wird um den entsprechenden Betrag »verlängert«.

**3.** Und wie wirkt sich das Ihrer Meinung nach aus?

**KK:** Die Geldschöpfung in unserem Finanzsystem wird überwiegend von privatrechtlich organisierten Banken ausgeübt, was ökonomisch und ordnungsrechtlich bedenklich ist.

**4.** Gegner der Giralgeldschöpfungstheorie bezweifeln, dass zur Schöpfung von 100% Guthaben lediglich 6-10% Zentralbankgeld ausreichen, da bei jedem eingeräumten Kredit mit dem Abfluss des so geschöpften Geldes gerechnet werden muss. Dann braucht die Geschäftsbank Zentralbankgeld in voller Höhe. Warum lohnt sich ein solches Geschäft trotzdem?

**KK:** Weil faktisch nicht das ganze Geld abfließt: Erstens verbleibt es bei eigenen Kunden der kreditvergebenden Bank, zweitens werden über das Clearing-System zwischen den Banken nur die Salden des Zahlungsverkehrs in Zentralbankgeld abgerechnet, und diese Salden sind viel geringer als die geschöpften Gelder. Und drittens ist Zentralbankgeld für die Geschäftsbanken auch meist sehr günstig und auch sicher zu bekommen.

So kann die Zinsdifferenz relativ leicht verdient werden.

**5.** Ihr Hauptanliegen ist es also, die Geldschöpfung von der Kreditvergabe zu entkoppeln? Müsstent Sie dann nicht die Ankündigung der EZB, Staatspapiere auf dem Sekundärmarkt aufzukaufen, positiv bewerten? Die EZB drückt ja für ihre Anleihekäufe neues Geld, ohne dass in diesem Fall die Geschäftsbanken neue Kredite vergeben.

**KK:** Der Umweg über die Geschäftsbanken ist unnötig, teuer und ärgerlich. Wenn die EZB schon Geld schöpft, warum dann nicht direkt zugunsten des Staates? Außerdem ist es problematisch, wenn sowohl die EZB als auch private Geschäftsbanken Geld schöpfen können. Denn auf Grundlage der Schöpfung von Zentralbankgeld können private Banken ein Vielfaches an Giralgeld schöpfen, was tatsächlich Inflationsgefahren mit sich bringt.

**6.** Ihr Vorstandskollege Professor Huber vertritt die These, dass die über Jahrzehnte hinweg kumulierten Staatschulden nichts anderes als eine Investmentblase darstellen. Staatsanleihen sind demnach nichts anderes

als eine Geldanlage, die durch Giralgeldschöpfung finanziert wird. Droht diese Blase jetzt zu platzen?

**KK:** Staatsanleihen waren zumindest bisher für die Banken ein sicheres Geschäft, und alle Anstrengungen (z.B. ESM) laufen dahin, ihnen dieses Geschäft auch weiterhin zu ermöglichen, ohne dass sie ein Risiko dafür übernehmen müssen. Ob das gelingt, ist zumindest mittelfristig sehr fraglich.

**7.** Das heißt, Sie halten nichts vom ESM?

**KK:** Im jetzigen Geldsystem bewirkt er eine Linderung des Problems, langfristig ist er aber keine Lösung.

**8.** Wenn ich es richtig verstehe, führte aus Ihrer Sicht die hemmungslose Giralgeldmengenausweitung zu den explodierenden Geldvermögen?

**KK:** Geld kommt im jetzigen System nur verzinst in Umlauf, und die Zinsen kumulieren sich zu enormen Beträgen.

**9.** Die INWO richtet allerdings den Fokus auf die Guthabenzinsen und damit auf die exponentiell wachsenden Vermögen! – Denn



Klaus Karwat

# MONETATIVE

werden nicht die Neukredite zwingend gebraucht, um die Zinsforderungen der Vermögenden bedienen zu können? Helmut Creutz hat nachgerechnet, dass die deutschen Banken den Sparern von 1968 bis 2010 rund 6 Billionen Euro an Zinsen gutgeschrieben haben. Diese Summe liegt sogar rund andert-halb Billionen über den gesamten Bankeinlagen Ende 2010!

**KK:** Deswegen ist die verzinsliche Geldschöpfung für die Banken ein gutes Geschäft, denn die kumulierten Zinsen übersteigen die ursprünglichen Kreditbeträge. Viel besser wäre es, wenn neu geschöpftes Geld zinslos in Umlauf käme, so wie Monetative e.V. das vorschlägt.

**10.** Das leuchtet mir nicht ein: Die kumulierten Zinsen übersteigen die ursprünglich vergebenen Kredite?

**KK:** Naja, zum Beispiel der Josephspfennig: Erst war es ein ganz kleiner Kredit, dann wurde es über Zinsen und Zinseszinsen ein Riesenbetrag. Das sind exponentielle Kurven, die nach einer gewissen Zeit explosionsartig ansteigen, sowohl bei Vermögen als auch bei Schulden.

**11.** Und das würde durch Vollgeld verhindert werden? Wieso würde dann die Giralgeldschöpfung der Banken beendet?

**KK:** Weil dann alles Geld auf der Aktivseite der Bilanz verbucht werden muss. Eine Bilanzverlängerung zur Schöpfung von Geld, wie sie in der Antwort auf Frage 2 beschrieben ist, wäre nicht mehr möglich.

**12.** Wer bestimmt denn dann darüber, wann wie viel neues Geld geschöpft wird? Bedeutet dies eine Abkehr vom heutigen endogenen Geldsystem, in dem der Kreditbedarf von Staat und Wirtschaft die Geldmenge wachsen lässt?

**KK:** So ist es. Die Monetative als vierte Staatsgewalt bestimmt allein über die Geldmenge, und dies nach möglichst objektiven und wissenschaftlich fundierten Kriterien.

**13.** Sie sagen, durch die Umstellung auf Vollgeld könnte die Staatsschuld von mittlerweile über zwei Billionen Euro in den nächsten Jahren um rund zwei Drittel abgebaut werden. Das scheint mir überhaupt der interessanteste Aspekt Ihres Konzepts. Politiker und Bürger wüssten allzugern ein Rezept gegen die Staatsverschuldung – verraten Sie uns bitte, wie wir aus den roten Zahlen rauskommen!

**KK:** Die bisher von Geschäftsbanken geschöpften Gelder (das gesamte unbare Giral-

geld in M1) müssen von den Banken bei Tilgung von Krediten an die Zentralbank zurückgezahlt werden. Damit die Geldmenge erhalten bleibt, bringt die Zentralbank den zurückgezählten Betrag durch eine Überweisung an den Staatshaushalt in Umlauf. So könnte die Staatsschuld zu einem großen Teil abgebaut werden.

**14.** Ich sehe allerdings ein Problem: Was wollen Sie dagegen unternehmen, dass bei Umwandlung der Sichtguthaben in Vollgeld dieses als risikolose Hortungsmöglichkeit missbraucht wird?

**KK:** Wenn Vollgeld außerhalb der Banken bleibt, wird es ja nicht verzinst. Warum sollte jemand freiwillig auf eine Geldanlage verzichten? Auf Vollgeldkonten werden vermutlich nur die Beträge liegen bleiben, die als sofortige Liquidität benötigt werden.

Da die Banken im Vollgeldsystem insgesamt gesehen stabiler sind, besteht auch weniger Gefahr, dass Geld massenhaft und panikartig von den Banken abgezogen wird.

**15.** Aber schon heute werden enorme Summen auf den Girokonten »geparkt« und somit auf deren Anlage verzichtet. Warum sollte das anders sein, wenn die jetzigen Sichtguthaben auf die Vollgeldkonten übertragen werden?

**KK:** Ich glaube, dass heute viele potentielle Anleger so handeln, weil sie heute dem Bankensystem nicht mehr trauen und glauben, dass ihr Geld sicherer ist, wenn sie es nicht anlegen. Ein Irrtum, denn heute wäre Giralgeld verloren, wenn die Bank zusammenbricht. Im Vollgeldsystem wäre das Bankensystem transparenter. Einzelne Banken könnten zwar in Konkurs gehen, das Gesamtsystem wäre aber nicht so leicht zum Einsturz zu bringen wie heute. Und Geldanlagen wären transparenter und weniger spekulationsanfällig, da ja nur tatsächlich existierendes Geld angelegt würde.

**16.** Wird nicht längst auch die passive Geldschöpfung zu einem richtigen Problem? D.h., wenn Guthabenbesitzer ihre langfristigen Einlagen bei der Bank, die nicht zur Geldmenge gezahlt werden, in täglich fällige Sichteinlagen zurückverwandeln? Gerät nicht durch die Einführung von Vollgeld die Verzinsung langfristiger Anlagen in Gefahr? Die Ansprüche dieser Riesenvermögen können aber niemals eingelöst werden. Kriegen Sie nicht ein Riesenproblem, wenn die dann in Sichtguthaben oder Bargeld umgewandelt werden?

**KK:** Das vorhandene Geld wird ja nach wie vor angelegt. Es ist das Geschäft und die Leis-

tung der Banken, dieses Geld in die benötigten Kredite mit den richtigen Laufzeiten umzuwandeln. Sie müssen allerdings im Vollgeldsystem stärker als bisher darauf achten, dass das Geld auch tatsächlich zur Verfügung steht. Großzügige Finanzierung von bankrotten Staaten oder Häuslebauern ohne Einkommen wäre dann nicht mehr möglich. Auch Zentralbankkredite an Geschäftsbanken sind bei Liquiditätsengpässen im Vollgeldsystem möglich. Aber nochmal: Panikartiges Abziehen von bei Banken angelegtem Geld wäre im Vollgeldsystem weniger wahrscheinlich als heute (siehe Frage 14).

**17.** Dass Sie die Guthaben auf Girokonten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln machen und unter die Kontrolle der Zentralbank bzw. Monetative bringen wollen, ist ja durchaus nachvollziehbar. Aber die Kontrolle der Geldmenge ist ja nur die halbe Miete, die andere Hälfte ist die Umlaufgeschwindigkeit. Braucht es nicht zur Verstetigung des Geldumlaufs eine Umlaufsicherungsgebühr, wie die INWO sie propagiert? Was halten Sie von dieser Idee?

**KK:** Es gibt Stimmen im Kreis der Unterstützer von »Monetative« e.V., die eine Umlaufsicherungsgebühr befürworten. Ob es sie noch braucht, wird sich erst dann zeigen, wenn das Vollgeldsystem eingeführt ist. Ich persönlich glaube derzeit nicht daran, weil ein sichereres Geldsystem auch einen stetigeren Geldumlauf bewirken wird.

**18.** Sie gehen davon aus, dass der Staat zukünftig einen Teil seines Haushalts über die Seigniorage, den laufenden Gewinn aus der Geldschöpfung, finanziert. Aber das ginge doch nur, wenn die Geldmenge weiter wachsen würde. Ist die Menge an Bar- und Giralgeld nicht schon heute viel zu groß?

**KK:** Die Finanzierung eines Teils des laufenden Haushalts über Seigniorage funktioniert nur, wenn die Wirtschaft wächst. Auch ein stationärer Zustand wäre im Vollgeldsystem denkbar, dann gäbe es nur die Seigniorage beim Übergang zu Vollgeld, aber keine laufenden Zuschüsse mehr. Die durch private Geldschöpfung aufgeblähte Geldmenge wieder zu reduzieren, kann notwendig sein. Dieses Problem stellt sich sowohl im jetzigen System als auch in einem Vollgeldsystem, das diese »Erblast« übernehmen muss. Ich kann aber aus heutiger Sicht nicht beurteilen, in welchem Ausmaß das nötig werden könnte. Die Reduzierung der Geldmenge würde im heutigen System bedeuten, dass man die Leitzinsen erheblich erhöhen müsste, was die Wirtschaft vermutlich in eine Rezession treiben würde. Im Vollgeldsystem müsste der Staat Geld aus dem Steueraufkommen an die Zentralbank zurückzahlen. Ebenfalls kein rosiges Szenario. ■

Das Interview führte Beate Bockting.

# Termine Deutschland

**Do.-Sa., 27.-29. September 2012, Europäische Akademie Otzenhausen, Europahausstr. 35, Nonnweiler**

## **Bewältigungsstrategien der Euro-Krise und Ideen für ein Neues Europa**

Podiumsdiskussionen »Schuldenbremse als Rosskur für die Demokratie? Für und Wider des Europäischen Fiskalpakts« (Dr. H. Meyer, London School of Economics and Politics, Dr. Ph. Plickert, FAZ, Dr. St. Schulmeister, WIFO-Institut) und »Liberales oder solidarisches Europa? Machtbalancen zwischen Gesellschaft, Politik und Märkten« (Prof. Dr. D. Lühr und K. Wiegandt, Stiftung Forum für Verantwortung sowie Dr. W. Rügemeier, Publizist)

Vorträge: »Systemkrise braucht Systemtherapie: New Deal für Europa?« (Dr. St. Schulmeister) und »Das Verhältnis von Markt und Staat als Gegenstand der politischen Bildung« (Prof. Dr. T. Engartner, Univ. Frankfurt/M.) sowie drei Workshops und eine Fish-Bowl zum Thema Finanztransaktionssteuer.

Anmeldung: EAO gGmbH, M. Matern, Tel.: 06873-662-447, E-Mail: matern@eao-otzenhausen.de

**Fr.-Sa., 28.-29. September 2012, ab 18.00 Uhr, d-gallery, Schönfelder Str. 41b, Kassel**  
**Macht – Geld – Sinn Kassel**

Vorträge von H. U. Eisner: »Das Geld: Funktionsweise, gesellschaftliche Auswirkungen, Reformvorschläge«, S. Kenawi: »Finanzkrise, Staatsschuldenskrise, Eurokrise«, B. Hückstädt: »Die natürliche Ökonomie des Lebens«, T. Aslan: »Mut zur Größe, Liebe zum Detail« und Dr. E.-M. Hubert: »Geld als Sozialtechnik«.

Veranstalter: Regiowährung BürgerBlüte und Global Change Now e.V.

**Sa., 29. September 2012, Berlin, Frankfurt und anderswo**

## **Bundesweiter Aktionstag umFAIRteilen**

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen – was die INWO schon lange kritisiert und an der Wurzel, den leistungslosen Einkommen aus Geld- und Grundbesitz, bekämpfen möchte, thematisiert jetzt auch ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und NGOs und fordert die Wiedereinführung von Vermögenssteuern. Weitere Infos unter [www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de)

**Di., 2. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln**  
**Ist private Altersvorsorge (volkswirtschaftlich) sinnvoll?**

Vortrag und Diskussion mit J. Burghof zum Thema Umlageverfahren vs. Kapitaldeckungsverfahren  
Von Politik und Finanzindustrie wird behauptet, dass aufgrund der Überalterung unserer Gesell-

schaft die gesetzliche Rente weiter sinken muss und eine private Vorsorge dringend notwendig ist. Doch stimmt diese Behauptung auch? J. Burghof ist durch seine berufliche Tätigkeit als Finanz- und Versicherungsberater auf einige Widersprüche im System gestoßen.  
Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln, Infos: [Koeln@INWO.de](mailto:Koeln@INWO.de)

**Di., 2. Oktober, 19.00-21.30 Uhr, Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (hinter Hauptbahnhof), Dortmund**

## **Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund**

Monatlich treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!  
Kontakt: [Dortmund@INWO.de](mailto:Dortmund@INWO.de)

**Sa.-So., 6.-7. Oktober 2012, 10.00-18.00 Uhr, Villa Creutz, Friedrich-Ebert-Str. 17, Köthen**

## **Wirtschaften im 21. Jahrhundert – Ideen, Projekte und Visionen**

GCN-Academy mit Dr. E.-M. Hubert, die im Bereich Geldtheorie, Geldpolitik, komplementärer Währungs- und Wirtschaftsformen arbeitet.  
Infos unter Tel.: 034 96-511 69 35

**Do., 11. Oktober 2012, 19.00-22.00 Uhr, Café im Forum 3, Gymnasiumstr. 21, Stuttgart**

## **Treffen der INWO-Regionalgruppe Stuttgart**

Monatlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!  
Kontakt: [Stuttgart@INWO.de](mailto:Stuttgart@INWO.de)

**Sa., 13. Oktober 2012, ab 10.00 Uhr, Dortmund**  
**Macht – Geld – Sinn Dortmund**

Tagung mit Dipl.-Politologin H. Kastner: »Krisengipfel im Stundentakt? – Auswege aus der finanzpolitischen und ökologischen Verschuldungskrise«, V. Spielbichler: »Wörgler Freigeld und die Modernisierung unseres Geldsystems« und Th. Staude: »Bürgerblüte – Das Geld in Bürgerhand als Instrument nachhaltiger Wirtschaftsräume«.  
Mehr Infos unter Telefon: +49 (0)34 96 / 511 69 35

**Do, 18. Oktober, 19.30-22.00 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln**

## **Treffen der INWO-Regionalgruppe Köln**

Jeden 3. Donnerstag im Monat sprechen Kölner INWO-Aktive über unser Geldsystem, seine Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft und darüber, wie man es verbessern kann.  
Kontakt: [Koeln@INWO.de](mailto:Koeln@INWO.de)

**Do.-So., 1.-4. November 2012, Silvio-Gesellschaft, Schanzenweg 86, Wuppertal**  
**Jahresfeier der Humanen Wirtschaft**

mit S. Schröder, Ethik-Bank, N. Rost über die Transition-Town-Bewegung, H. Girschweiler, freiwirtschaftliches Bodenprojekt und Stiftung Belcampo, Prof. F. Bergmann, »Neue Arbeit Neue Kultur«, P. Mayer-Gampe, Forstwissenschaftlerin, N. Bernholt, Akademie Solidarische Ökonomie, Prof. Dr. J. Gruber, Raumenergie-Technik, und Prof. Dr. W. Berger, »Fließendes Geld«.  
Anmeldung: SGT, Tel.: 02053-423766, Fax: 02053-423799, E-Mail: [ab@silvio-gesellschaftstaette.de](mailto:ab@silvio-gesellschaftstaette.de)

**Sa.-So., 3.-4. November 2012, Reinhardswaldschule, Rothwestener Str. 2-14, Fuldatal 51. Mündener Gespräche: Jenseits von Lohnarbeit und Kapitalmacht – Unternehmen in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

mit E. Behrens, SffO: »Die Auswirkungen von Vollbeschäftigung auf das Verhältnis der Unternehmer zu ihren Mitarbeitern«, F. Andres, SffO: »Die Auswirkungen einer Sättigung des Kapitalmarkts auf das Verhältnis der Unternehmer zu den Kapitalgebern«, B. Winkelmann, ASÖ: »Eigentum und Arbeit in einer Solidarischen Ökonomie«, N. Bertholt, Akademie Solidarische Ökonomie: »Partizipatorische Unternehmensverfassung in einer Solidarischen Ökonomie«, D. Lambach, AG Partnerschaftliche Unternehmen: »Betriebliche Partnerschaft als unternehmerisches und gesellschaftliches Konzept«, D. Lühr, Umwelt-Campus Birkenfeld: »Beyond equity – die bilanziellen Schatten der Rentenökonomie«  
Anmeldung: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, c/o Chr. Ranft, Am Römerweg 4, 84424 Isen, oder Fax an: 0431-679 36 51  
[www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de)

**Di., 6. November, 19.30-21.30 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln**  
**Perspektiven für einen alternativen Lebensstil und neue Wirtschaft**

Vortrag von Susanne Wiegel mit anschließender Diskussion  
Angesichts von Finanzkrise, zunehmender Armut und Umweltzerstörung suchen immer mehr Menschen nach neuen Lösungen. Anhand von Erkenntnissen aus der Hirnforschung und der Psychologie zeigt die Referentin, wie ein Wandel vollzogen werden kann.  
Kontakt: [Koeln@INWO.de](mailto:Koeln@INWO.de)

**Fr.-Sa., 16.-17. November 2012, 18.00 Uhr – 18.00 Uhr, VHS Essen**

## **INWO-Aktiventreffen**

Aktiventreffen zur Vorbereitung unserer großen Perspektiven-Tagung im März 2013.  
Anmeldung: [Vlado.Plaga@INWO.de](mailto:Vlado.Plaga@INWO.de)

**Di., 4. Dezember 2012, 19.30-21.30 Uhr, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln**  
**Zeit für ein neues Wirtschaftssystem: die Gemeinwohl-Ökonomie**

Vortrag von Thomas Pfaff mit anschließender Diskussion  
Unternehmen sollen künftig eine »Gemeinwohlbilanz« vorlegen, mit der sie – statt um Finanzgewinne zu konkurrieren – das allgemeine Wohl anstreben. Das heißt: Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer ein Unternehmen, desto bessere Bilanzergebnisse. Wer besser abschneidet, wird öffentlich gefördert.  
Kontakt: [Koeln@INWO.de](mailto:Koeln@INWO.de)



# Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse		Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand  
Wüstefeld 6  
36199 Rotenburg**

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich \_\_\_\_\_ €.
- Ich spende zusätzlich einmalig \_\_\_\_\_ €.
- Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

bei der \_\_\_\_\_

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

## Bestellformular

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf. Meine E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

Für den stürmischen Herbst

## Fairconomy- Rettungsschirm



Griechenland-Hilfe, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF, Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM ... mit diesen »Rettungsschirmen« wird ein in sich instabiles System »stabilisiert«. Statt den Zinsfluss von Arm nach Reich einzudämmen, bleibt »ein leiser, monotoner Tropfenhall, ... die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen« (Heinrich Heine).  
Unser FAIRCONOMY-Schirm – der einzige Rettungsschirm, der Sie nicht im Regen stehen lässt!  
Aufschrift: »Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«

Preis: 12.50 €

Helmut Creutz

## Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Die taufrische Neuauflage des Klassikers enthält wieder eine Vielzahl anschaulicher Grafiken, basierend auf aktuellem Zahlenmaterial. Helmut Creutz gibt Antworten auf Fragen wie diese: Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögenmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Warum müssen wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern? Warum nimmt trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zu und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich?

Der Autor veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie alle diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.

Verlag Mainz, Taschenbuch, Preis: 16.80 €

Margrit Kennedy

## Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind.

Ein leicht verständliches Plädoyer für neues Geld, das zinsfrei, gerecht und stabil ist. Das Buch liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt.

J. Kamphausen, Taschenbuch, 112 Seiten, Preis: 9.95 €.  
Auch als E-Book erhältlich, Preis: 6.99 €

NEU!

## INWO Standpunkt 4

### Banken in die Schranken? – Die Vermögen sind das Problem!

Wer auf der Suche nach den Ursachen unserer derzeitigen Krisen – gleichgültig ob im Bereich der Kapitalmärkte oder Staaten – auf die Banken zielt, trifft zwar die Richtung, aber zielt zu kurz. Helmut Creutz zeigt auf, wo wir eigentlich ansetzen müssten: Die Probleme hängen entscheidend mit dem Überwachstum der Geldvermögen zusammen, das wiederum aus dem Überwachstum der Zinsgutschriften resultiert. Dieses Überwachstum hat eine immer größere Diskrepanz zwischen Geld- und Realwirtschaft zur Folge. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir eine Geldreform.

Hg. von INWO Deutschland 2011–  
nur Versandkosten (3.50 €)

Silvio Gesell

## »Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat.«

Werkauswahl zum 150. Geburtstag

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozial-reformerische Gedankenwelt vermitteln.

Verlag für Sozialökonomie, Pb., 230 Seiten, Preis: 19.90 €

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Bruttopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.